

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire =
Rivista storica svizzera

Band: 70 (2020)

Heft: 2

Buchbesprechung: Rezensionen = Recensions = Recensioni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Iole Fagnoli, Thomas Späth (Hg.), **Sklaverei und Recht. Zwischen römischer Antike und moderner Welt**, Bern: Haupt, 2018 (Berner Universitätschriften, Bd. 61), 189 Seiten.

Der Sammelband «Sklaverei und Recht» enthält acht Beiträge, die auf Referaten basieren, die im Rahmen des interdisziplinären Münchenwiler Seminars der Universität Bern im Frühjahrssemester 2016 gehalten wurden. Die Herausgeber widmen den Sammelband dem Andenken einer früh verstorbenen Doktorandin am vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) geförderten Forschungsprojekt «Eine Frage der Ungerechtigkeit? Sklaverei und Freiheitsdiskurse zwischen Antike und Moderne», das den Anstoss zu diesem Kolloquium gab.

Das Seminarthema, das Verhältnis zwischen Sklaverei und Recht, ist nicht allein Gegenstand einer mehr als 200 Jahre andauernden Forschungskontroverse, sondern betrifft uns als gesellschaftspolitisches und international rechtliches Problem bis in die Gegenwart. So haben die Herausgeber einen klugen Proporz zwischen vier Juristen, drei Historikern und einem Philologen geschaffen, um nicht nur interdisziplinär, sondern auch epochenübergreifend dem scheinbaren Paradoxon nachzugehen, wie das Unrecht der Versklavung zum Gegenstand von Rechtsordnungen werden konnte (S. 9). Dabei geht es einerseits darum, die Rezeption des antiken römischen Rechts durch die Sklavenrechte der europäischen Kolonialländer in ihren aussereuropäischen Kolonien in der Neuzeit dingfest zu machen oder zu verwerfen. Zum anderen stellt sich die Frage, wie nach Abschaffung von Sklaverei, sklavenähnlichen Verhältnissen und Sklavenhandel im 19. Jahrhundert und der Aufnahme des Sklavereiverbotes in die Menschenrechte als fester Bestandteil des Völkergewohnheitsrechtes und des zwingenden Völkerrechts im 20. Jahrhundert (S. 30) es im 21. Jahrhundert immer noch 40 Millionen Sklaven geben kann (S. 17). Die Antworten fallen teils konform mit den Traditionen der Fachdisziplinen aus, teils geben sie darüber hinausgehende neue Anstösse.

Wie die Herausgeber in der Einleitung darlegen, stehen sich in drei Themenblöcken je ein Jurist und ein Historiker bzw. ein Philologe gegenüber. Umrahmt werden die historischen Themen von aktuellen Thematiken. Jeder Beitrag hat ein eigenes Literaturverzeichnis, da Überschneidungen nur gering sind. Der Band schliesst mit einer kurzen Vorstellung der Autoren und Autorinnen. Register fehlen.

Walter Kälin gibt mit seinem Beitrag (Sklaverei: Eine Herausforderung für das Völkerrecht) einen fundierten Überblick über die 200-jährige Entwicklung der Sklaverei von einer völkerrechtlich erlaubten, modernen und fortschrittlichen Institution um 1800 zu einer rechtsverbindlich verurteilten, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstossenden Praxis im 21. Jahrhundert (S. 20–28). Für die Fortexistenz der modernen Sklaverei in vielfältigen Formen (Zwangsarbeit, -prostitution, -rekrutierung, Menschenhandel, Schuldklaverei etc.) macht der Autor die Staaten verantwortlich, die gegen die im Verborgenen, sozusagen im rechtsfreien Raum von Privatpersonen und -institutionen betriebenen Sklavereien und sklavereiähnlichen Praktiken ihren Verfolgungs- und Schutzpflichten nicht nachkämen. Gründe für das Versagen der Staaten sieht er vorrangig im ökonomischen Bereich, da die moderne Sklaverei eines der lukrativsten illegalen Geschäftsfelder der Gegenwart sei (150 Milliarden US-Dollar pro Jahr, S. 38).

Antonio Saccoccio eröffnet die Antike (Römische Sklaverei zwischen *ius gentium* und *ius naturale*) mit juristischen Widersprüchen, die sich aus der Sklaverei ergeben. Als

Institution des *ius gentium* («Völkergemeinrecht» = *ius commune omnium gentium*, bessere Übersetzung als «Völkerrecht», S. 41–43) steht sie im Gegensatz zum Naturrecht = *ius naturale*, nach dem alle Menschen gleich sind. Der Beitrag steht unter der Prämisse, dass alles Positive im Römischen Recht aus der griechischen Philosophie stammt. Dennoch haben die römischen Kaiser auf der Grundlage *des favor libertatis* Verbesserungen für die Sklaven gebracht, ganz unabhängig von Philosophie und Christentum, das eher zur Verfestigung der Sklaverei beigetragen hat (S. 50–52).

Daniel Vaucher (Sklaverei in den vorkonstantinischen Kirchenordnungen: Überlegungen zum frühchristlichen Kirchenrecht) stuft die frühen problemorientierten Kirchenordnungen nicht als Kirchenrecht ein. Er sieht in ihnen keinen Praxisbezug, auch nicht in der einzigartigen Forderung der Syrischen Didaskalie zum Ausschluss grausamer Sklavenbesitzer aus der Gemeinde (S. 73). Auf Grund der «Realitätsfremdheit» und Normativität der Texte erkennt er ihnen lediglich zu, Spiegel der christlichen Meinungsvielfalt zur Sklaverei zu sein.

Wenn es um die Verflechtung der Rechtsordnungen in der Neuzeit geht, trennen sich die Wege der Disziplinen noch deutlicher. Linda de Maddalena zeichnet in ihrem Beitrag (Spuren des römischen Rechts im Code Noir) Schritt für Schritt und in grosser Klarheit den Vorbildcharakter des römischen Rechts für den *code noir* Ludwigs XIV. nach. Das zeigt sie konkret an der Doppelnatur des Sklaven und an der daraus erwachsenen unterschiedlich hohen Haftung des Herrn in den verschiedenen *actiones*. Als *persona* kann der Sklave Rechtsgeschäfte sowohl beauftragt wie unbeauftragt vornehmen, als *res* besitzt er nie Rechtsfähigkeit. Terminologische Analogien bestätigen die tatsächlichen und intendierten Gemeinsamkeiten beider Rechte (S. 97).

Eine noch stärkere Abhängigkeit vom römischen Recht als Subsidiaritätsrecht stellt Fabio Siebeneichler de Andrade in seinem Beitrag (Sklaverei in Brasilien: Die rechtliche Regelung vom Beginn der Kolonialisierung bis zur Abolition) fest. Auf Grund der zentralistischen Struktur Brasiliens, zuerst unter der Kolonialmacht Portugal, dann unter der brasilianischen Königsherrschaft, regelte das römische Recht neben den mittelalterlichen Rechten (seit 1603) alles bis zum Inkrafttreten des ersten Zivilgesetzbuches 1916. Bis heute sei die Sklaverei ein Teil der Identität des Landes (S. 154).

Zu ganz anderen Ergebnissen als die beiden Juristen kommt der Historiker Michael Zeuske (Sklaverei in der Neuen Welt – auch eine transrechtliche Sklaverei auf der Linie Afrika – Atlantik – Amerika?). Er vertritt die These, dass alle Sklavereien auf Gewalt, Instabilität und unklaren Rechtssituationen beruhten, trotz klarer im römischen Recht verankerter Rechtsregeln (S. 106). In ihnen sieht er einen ideologischen Überbau (S. 107). Der von den Kolonialmächten eingeführten Verschriftlichung erkennt er den Charakter einer blossen Ritualisierung der Transaktionsvorgänge zu, ohne Bedeutung für die Strukturierung des bereits bestehenden Labyrinths von Kredit- und Schuldenwirtschaft, die die afrikanischen Staaten und Stämme auf der Grundlage ihrer lokalen bzw. Gewohnheitsrechte weiter betrieben (S. 132–136). Mit dieser These liegt Zeuske auf der Linie der fachhistorischen Forschung, die in der Rezeption des römischen Rechts in den modernen Sklavenrechten lediglich «eine leere Muschelschale», praxisfern und sinnentleert sieht.¹

Der Amerikanist Ulfried Reichardt untersucht differenziert an drei literarischen Beispielen aus der Hochzeit des Abolitionismus um 1850 die Paradoxien der Rechtspraxis, aus denen sich Rassismus und Zwangsarbeit als Herrschaftsformen trotz Abschaffung der

1 Vgl. Jürgen Osterhammel, *Sklaverei und die Zivilisation des Westens*, München 2009, S. 46.

Sklaverei entwickelt haben und bis heute bestehen. (Sklaverei, Freiheit und Eigentum: Zur Auseinandersetzung über die Sklaverei in der US-amerikanischen Literatur des 19. Jahrhunderts).

Hans Fässler, Historiker und Kabarettist, ruft zum Nachdenken über die Mitschuld der Schweiz an Sklaverei und Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf, ohne dass sie je Kolonialmacht gewesen sei («Die Römer haben es nicht anders gemacht»). Zur schweizerischen Komplizenschaft im Schwarzen Atlantik).

Abschließend ist zu bemerken: Anknüpfend an die rechtshistorisch orientierte Forschung mit ihrer berechtigten Betonung der praktischen Relevanz des Rechts für die Regelung der historischen Sklavereien müssen wir auch heute wieder zur verantwortungsvollen Praktizierung des Völkergemeinrechts zurückfinden, wenn nicht alle Menschenwürde in den rechtsfreien Räumen des Turbokapitalismus zugrunde gehen soll.² Vor diesem Hintergrund leistet der vielstimmige Sammelband einen wesentlichen, aber keineswegs abschließenden Beitrag zu dieser wichtigen und brisanten Problematik.

Elisabeth Herrmann-Otto, Köln

Běla Marani-Moravová, **Peter von Zittau. Abt, Diplomat und Chronist der Luxemburger**, Ostfildern: Jan Thorbecke, 2019 (Vorträge und Forschungen, Bd. 60), 629 Seiten.

Eine umfassende, gründliche, thematisch breit abgestützte sowie Vergleiche ermöglichende und sie vornehmende Monographie zu dem spätmittelalterlichen Chronisten Peter von Zittau liegt vor. Das Buch ist aus einer an der Universität Bern eingereichten Dissertation hervorgegangen. Es stellt sowohl die Biographie von Peter von Zittau als auch dessen historiographisches Werk, die Fortsetzung der Chronik von Königsaal, vor. Peter trat in das gleichnamige Zisterzienserklöster ein, wurde dort Abt und war diesem Kloster bis zu seinem Tod 1339 oder 1340 verbunden. Das grosse Verdienst der vorliegenden Untersuchung besteht in der Verknüpfung von Autor und Werk.

Die Chronik gehört zu den bedeutendsten, am besten informierenden sowie verlässlichsten historiographischen Quellen des späten Mittelalters zur Geschichte Deutschlands, Böhmens, des Zisterzienserordens und teilweise auch Italiens. Ein Schwerpunkt der Chronik, den die bisherige Forschung zur politischen Ereignisgeschichte ausgiebig auswertete, liegt in der Geschichte der römisch-deutschen Könige, bzw. Kaiser und der Könige von Böhmen. Eines der Verdienste der vorliegenden Untersuchung ist die Erfassung auch der Geschichte von adeligen Familien und von Städten, die Peter von Zittau in seine Darstellung einbezog und nun in der vorliegenden Monographie untersucht werden. Die Informationsquellen und zeitgenössischen Informanten der Chronik werden präzise vorgestellt, und auf dieser Basis wird die historische Zuverlässigkeit abgewogen. In Übereinstimmung mit der bisherigen Forschung wird diese als gross bewertet. Zur Zuverlässigkeit trägt in grossem Ausmass die persönliche Beteiligung Peters an der Ausübung der Königsherrschaft – in Böhmen, Deutschland und Italien – bei. Er hielt sich oft im Umkreis der Herrscher, insbesondere von Kaiser Heinrich VII. und von König Johann von Böhmen, auf, war mit diplomatischen Missionen betraut, erfüllte liturgische und seelsorgerische Tätigkeiten an den Höfen, wie er seine Pflichten als Zisterzienserabt ausführte, mehrmals an den Generalkapiteln in Cîteaux teilnahm und von dort aus weitere Reisen in Nordfrankreich unternahm. Visitationsreisen zur Kontrolle von anderen

² Siehe Sven Korzilius, s.v. Sklavenrecht, frühneuzeitliches, in: Heinz Heinen, u. a. (Hg.), Handwörterbuch der Antiken Sklaverei (HAS), Bd. 3, Stuttgart 2017, Sp. 2647–2682; C.K. Meyer, s.v. Sklavereien in der Neuzeit, in: ebd., Sp. 2776–2826, besonders Sp. 2795–2808.

Zisterzienserklöstern fanden wegen des Fehlens von Tochtergründungen von Königsaal nicht statt. Die enge Verbindung zum Hof von Kaiser Heinrich VII. und König Johann von Böhmen bildete die Voraussetzung, dass Peter zahlreiche Urkunden in seiner Chronik inserierte, wie er auch – in üblicher Manier mittelalterlicher Geschichtsschreibung – wörtliche Reden der beteiligten Personen einfließen liess.

Die Darstellung der Monographie ist systematisch, behandelt die unterschiedlichen sozialen Milieus sowie die politischen Herrschaften als auch die einzelnen Herrscher, und formuliert paraphrasierend die Aussagen der Chronik Peters. Dies mag als wenig anspruchsvoll erscheinen, aber die Rekonstruktion von Wissensgrundlagen und vom Wissensaustausch, von denen Peter von Zittau profitierte, rechtfertigen den bedeutenden Aufwand, der in diesem Buch geleistet wird, um die Informationen, die Peter zusammenstellt und mitteilt, zunächst wiederzugeben und dann zu bewerten. Was das Buch anstrebt, ist das «Weltbild» Peters sowie dessen «Wahrnehmung» vorzustellen und zu untersuchen, wobei diese Ziele anhand von moralischen Bewertungen, die Peter von Zittau vornimmt, angestrebt werden und gleichfalls in eine meist paraphrasierende Stellungnahme münden, was den Anforderungen einer modernen Kulturgeschichtsschreibung nur teilweise entspricht, welche die soziale Vernetzung von Wahrnehmungsweisen und die Verfahren bewertender Erörterungen und die Rezeption von Texten und Vorstellungen analysiert. Rezeptionsgeschichte fehlt hingegen. Aber die persönlichen Meinungen und Einstellungen Peters werden durch die Analyse deutlich: etwa seine Loyalität zum Königreich Böhmen sowie seinen Königen und dies über sprachliche Gegensätze von Deutsch und Tschechisch hinweg. Die Verfahrensweisen politischer Herrschaft (Wahl des römischen Königs durch die Kurfürsten, deren Mitwirkung an der Reichsherrschaft, Rangstreitigkeiten und andere Themen), die Peter genau darstellt, fließen auch in die Darstellung der Monographie ein. Wichtig ist der Vergleich mit zeitgenössischen Geschichtsschreibern, insbesondere mit Johann Viktring, wobei die unterschiedlichen und auch konkurrierenden politischen Loyalitäten und Optionen vorgestellt werden.

Verdienstvoll ist die sehr gute Erfassung der bisherigen Forschung – auch die in tschechischer Sprache – und die genaue Kontrastierung der eigenen Forschungsleistung. Sie ist bedeutend, denn mit diesem Buch wird erstmals eine umfassende Analyse des Lebens und des Werkes von Peter von Zittau vorgenommen. Das Buch kann als ein Referenzwerk zu einem der bedeutendsten Geschichtsschreiber des späten Mittelalters angesehen werden.

Hans-Joachim Schmidt, Fribourg

Franco Morenzoni, **Sur les routes des Alpes. Religieux, marchands et animaux dans la Suisse occidentale (XII^e–XV^e siècles)**, Turnhout: Brepol, 2019 (Culture et Société médiévales, Bd. 36), 474 Seiten, zahlreiche Karten, Grafiken und Tabellen, 2 Abbildungen.

Der gewichtige Band ist als Ehrung des Genfer Mediävisten Franco Morenzoni zu seiner Emeritierung erschienen. Er enthält 19 seiner Aufsätze aus den Jahren 1992 bis 2016, darunter auch zwei bisher ungedruckte Tagungsbeiträge. Das grosse editorische Werk des Geehrten von Texten des Alexander Essebiensis, Guilelmus de Alvernia, Odo von Châteauroux und Thomas de Chobham konnte natürlich nicht einbezogen werden. Die Herausgeber haben ausschliesslich Aufsätze aufgenommen, welche die savoyischen Gebiete der heutigen Schweiz im 13. bis 15. Jahrhundert betreffen, mit der Absicht, damit weitere Forschungen über die Westschweiz anzuregen.

Vier thematische Teile werden präsentiert. Der erste gilt unter dem Titel *Curés et prédicateurs* dem in Morenzonis Gesamtwerk bedeutendsten Schwerpunkt der Predigt und damit verbunden der Seelsorge, deren zunehmende Bedeutung sich in den untersuchten und minutiös verglichenen Synodalstatuten der drei Westschweizer Bistümer Genf, Lausanne und Sion zeigt. Massnahmen richteten sich gegen Verstösse gegen die kirchliche Moral, vor allem durch klandestine Ehen, Missachtung der Inzestregeln, Ehebruch und Konkubinat. Auswirkungen der Evangelisation zielten auf den religiösen Alltag der Gläubigen wie auch auf die Gestaltung des Gottesdienstes. Der Streit um die Begräbnisrechte zwischen Mendikanten und Pfarrkirchen hat auch in Genf Wellen geworfen. Die Mendikanten erlangten hier nach der Mitte des 14. Jahrhunderts fast ein Monopol der Fastenpredigt, das bis zur Reformation Geltung behauptete. Der Stadtrat bemühte sich auch mit finanziellen Anreizen, angesehene auswärtige Mendikanten zur Fastenpredigt nach Genf einzuladen. Die Predigt zur Quest wurde hingegen kontrovers wahrgenommen und seit Beginn des 15. Jahrhunderts zunehmend zurückgedrängt. Unter den Wanderpredigern, die in Genf tätig waren, steht Vincent Ferrer zwar im Vordergrund, aber auch Battista von Mantua und Raphael von Cordona werden vorgestellt. Die Interessen und den geistigen Horizont eines Dorfpfarrers kann Morenzoni in dessen Randnotizen zur eigenhändigen Abschrift der *Legenda aurea* fassen. Täuscht der Eindruck, dass auch Bemerkungen zu den Juden besondere Aufmerksamkeit des Pfarrers gefunden haben?

Der zweite Teil steht unter dem Titel *Échanges et milieux naturels*. Aufgrund von Abrechnungen werden Reisen einfacher Leute 1365 von Sion nach Mailand, 1473/74 vom Hospiz des Grossen St. Bernhard nach Bourg-en-Bresse, Mailand, Genf und Basel in allen Einzelheiten (Transportmittel, Reisegeschwindigkeit, Kosten – täglich jeweils etwa das Vierfache des Tageslohns eines Handwerkers!) rekonstruiert. Man wird angesichts einer grossen Fülle älterer und neuerer Untersuchungen etwas zögern Morenzoni beizupflichten, dass die Preisgeschichte des Mittelalters ein bisher nur wenig erforschtes Feld sei. Dass Preisunterschiede auch zwischen benachbarten Märkten es erfordern, eher lokal begrenzt weiterzuforschen, trifft indessen sicher zu. Wilhelm Abels lange dominante Sicht, die auf der Aggregation von Preisen auf sehr unterschiedlichen Märkten beruhte, wird schon lange sehr skeptisch beurteilt. Morenzoni wertet die Getreidepreise aus, welche die Kastlane des Grafen von Savoyen bei Verkäufen im Wallis erzielt haben. In den spärlichen Angaben zur Zeit vor der Pest zeigen sich ansteigende Preise mit eigentlichen Teuerungen 1277, 1282 bis 1284, 1291, 1316 bis 1317 (zur Zeit der berühmten gesamteuropäischen Hungersnot, die aber nicht erwähnt wird) meist aufgrund klimatisch bedingter schlechter Ernten. Von 1344 bis 1348 verzeichnen die Quellen erneut sehr hohe Preise verbunden mit einer ansteigenden Mortalität. Dann folgte ein scharfer Preissturz, welchen Morenzoni auf schrumpfende Nachfrage wegen des Bevölkerungseinbruchs durch die Pest zurückführt. Die Preise bleiben dann trotz einzelnen Teuerungen tendenziell tief bis ins erste Viertel des 15. Jahrhunderts. 1438 leitet eine starke Preissteigerung eine Periode mit höherem Preisniveau ein. Die Löhne der Arbeiter sind in der Periode von 1350 bis 1420 angestiegen. Angesichts weiterer Faktoren warnt Morenzoni indessen davor, daraus direkt auf eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu schliessen. Einiges ist zu erfahren zum Fang von Jagdvögeln, vor allem Falken, daneben Sperbern und Habichten, und zum Handel mit ihnen. Sie sind häufig in Zolltarifen genannt. Die Zollrechnungen von Bard erlauben sogar eine Quantifizierung für die Zeit von 1293 bis 1400. Habichte machen immerhin einen Drittel aus. Das gräfliche Privileg des Raubvogelfangs wurde strikt durch-

gesetzt. Die Freiburger Notariatsregister wertet Morenzoni als Quelle zum Pferdehandel 1356 bis 1478 aus. Die meisten Verkäufer waren Einwohner von Freiburg und erscheinen nur einmal, eigentliche Pferdehändler sind rar. Unter den Käufern sind neben etwa einem Drittel Freiburger Auswärtige aus der Waadt, aus Genf, Bern, Basel, Solothurn, Baden, Neuenburg, einzelne sogar aus Strassburg (von dort der einzige explizit als Pferdehändler bezeichnete), Köln und Bézier.

Der dritte Teil betrifft *Les routes alpines du commerce européen*. Durch das Wallis verläuft der Verkehr über die Alpenpässe des Simplons und des Grossen St. Bernhards. Die Rechnungen der Zollstationen von Saint-Maurice und von Villeneuve-Chillon sind zentrale Quellen für die vier Studien dieses Teils. In der *Universitas* der Kaufleute von Mailand sieht Morenzoni geradezu die «Erfinder» der Handelsstrasse über den Simplon, die seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle erlangte. Verträge mit dem Bischof von Sion und dem Grafen von Savoyen, der zu Beginn des 14. Jahrhunderts fast alle Rechte am Zoll von Saint-Maurice erwarb, sicherten die Finanzierung der Infrastruktur und legten Einzelheiten der Durchreise und des Warentransports durch einheimische Fuhrleute fest. Dem Zoll von Saint-Maurice hat Morenzoni eine detailreiche und zahlengesättigte Studie gewidmet. Hier passierten in den Jahren 1281 bis 1450 fast 300'000 Ballen, vor allem Tuche (Barchent) aus der Lombardei und aus Venezien und in der Gegenrichtung Wolle aus dem Burgund und in viel geringerer Menge auch aus England für das Tuchgewerbe der Lombardei, dazu auch Wolltuche für den Mailänder Markt. Dominierend im Wolltransit waren die bekannten Mailänder Handelsfamilien. Insgesamt werden mehr als 500 verschiedene Kaufleute in den Zolllisten genannt. Bedeutend war der Pferdehandel mit etwa 15'500 verzollten, für den Verkauf bestimmten Tieren. Etwa 2'000 Tonnen unterschiedlicher Metallwaren, vor allem aus Mailand und der Lombardei, passierten Saint-Maurice. Morenzoni zeichnet die Konjunkturen der Verzollungen verschiedener Warengruppen nach. Schon vor der Mitte des 14. Jahrhunderts und vor allem im 15. Jahrhundert ging die Bedeutung der Walliser Route für den internationalen Handel, wobei nach Art der Waren zu differenzieren ist. Der Jahrmarkt von Sion, der trotz mehreren kriegsbedingten Einbrüchen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts regionale Ausstrahlung gewonnen hatte, ist schon nach 1330 bedeutungslos geworden. Saint-Maurice war vom Grafen privilegiert, neben dem Wochenmarkt sieben Mal im Jahr besondere Markttag abzuhalten; es sind wohl jeweils nur drei Termine wahrgenommen worden. Der Rückgang hat hier erst gegen Ende des 14. Jahrhunderts eingesetzt und hat sich in den 1420er Jahren gravierend verschärft.

Im vierten Teil *Politiques monétaires et prêteurs d'argent* rekonstruiert Morenzoni, welche Münzen im Wallis vom Ende des 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts kursierten und welche Wechselkurse angewandt wurden. Der Münze von Saint-Maurice, welche die *denarii mauricienses* im Auftrag des Grafen schlug, und ihren Münzmeistern gilt eine kurze Notiz. Ausführlicher wird die Münzpolitik des Herzogs Amadeus VIII. um 1420 bis 1434 behandelt. Morenzoni folgt der von John Day reformulierten monetaristischen These zur sogenannten *bullion famine* und führt darauf auch das scharfe Vorgehen gegen klandestine Silberausfuhren und Silberhandel zurück. Die unterschiedliche Entwicklung der Gold- und Silberpreise führten auch hier zu den bekannten Problemen und entsprechenden Regelungen für die Münzmeister und den Geldwechsel. Das Bemühen zielte darauf, den Wert des Silbergeldes hoch zu halten, um nicht zur Abwertung der Goldmünzen gezwungen zu sein. Vor allem die minutiös ausgewertete Quelle des Registers des Jean de Fontana, Einnehmer der herzoglichen Abgaben, erlaubt es, den Umfang der Affinage in

Genf und der Exporte genau zu verfolgen. Drei Studien betreffen den Lombardkredit. Die Geschäfte der *Casana* von Sembrancher können dank einem 1347 erstellten Inventar detailliert ermittelt werden. Kredite gegen Pfänder waren selten; vorwiegend wurden sie durch Bürgschaft Dritter abgesichert. Andere Geschäfte (Kauf auf dem Halm, Lieferungskauf usw.) sind äusserst rar. 725 Schuldanerkenntnisse belaufen sich auf insgesamt 2'045 Pfund, im Mittel demnach weniger als 3 Pfund (2,82), bei einer Streuung von 6 Denaren bis zu 101 Pfund, wobei die Zahl der 427 kleinen Darlehen bis zu 30 Schilling fast 59 Prozent ausmachen. Die vertraglichen Zahlungstermine lassen keinen Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Kalender erkennen. Sehr häufig hielten die Schuldner die Rückzahlungstermine ohnehin nicht ein. Morenzoni ediert das 1376 aufgezeichnete Inventar des mobilen Nachlasses des lombardischen, im Detailhandel tätigen Kaufmanns Bacinodus Tracho, den er als Person durch viele zusammengetragene Quellenstellen fassen kann, der aber gemäss dem Inventar wohl eher als Krämer zu bezeichnen wäre. Mitten in einem allgemeinen, aber sehr detailreichen Überblick über die Leihbanken des gesamten Gebietes behandelt Morenzoni zwei sehr interessante Geschäftspapiere. Das erste enthält die Bilanz der Bank von Villeneuve-Chillon der Jahre 1343–1345. Das Kapital beträgt 3'666 Pfund, der Ertrag daraus in den 21 Monatsmonaten 888 Pfund, also auf Jahre gerechnet rund 14 Prozent. Das zweite ist ein Rechnungsfragment der Bank von Contthey von 1343, das Einblicke in Buchhaltungsformen ermöglicht.

Insgesamt zeugen die hier nochmals edierten Studien von der unermüdlichen und alle Einzelheiten beachtenden archivalischen Forschungen Morenzonis.

Hans-Jörg Gilomen, Zürich

Béatrice Veyrassat, **Histoire de la Suisse et des Suisses dans la marche du monde (XVII^e siècle – Première Guerre mondiale). Espaces – Circulations – Échanges**, Neuchâtel: Alphil, 2018, 437 Seiten, 12 Abbildungen.

Die Wirtschaftshistorikerin Béatrice Veyrassat befasst sich schon seit ihrer Dissertation von 1982 mit der Exportwirtschaft und der kaufmännischen Migration. Nun präsentiert sie eine Synthese ihrer Studien – eine «lange Geschichte der schweizerischen Präsenz in der Welt» (S. 355). Ihr Werk behandelt einerseits den Anteil von Schweizern an der militärischen Eroberung und der wirtschaftlichen Aneignung der Kolonialgebiete, andererseits zeigt es die ökonomischen Reaktionen auf die Globalisierungsschübe in der Schweiz.

Das Buch ist willkommen und wichtig, denn es durchbricht den analytischen Rahmen der Nation, den viele Historiker immer noch für zu selbstverständlich nehmen. Veyrassat gelingt es ausgezeichnet, Schweizer Geschichte und Globalgeschichte aufeinander zu beziehen und durch Beispiele von Schweizern oder aus der Schweiz anzureichern. In steter Bewegung, mal einzoomend auf lokale Brennpunkte und wieder auszoomend auf globale Entwicklungen, verbindet sie Schauplätze in Europa und Übersee mit der Schweiz. So findet Schweizer Geschichte in Amsterdam und Paris, in Cortaillod und Wattwil, in Havanna und Batavia statt.

Das Werk ist in drei thematische Teile gegliedert, die zeitlich etwa einem Jahrhundert entsprechen. Im ersten geht es um die Partizipation von Söldnern aus der Schweiz an der europäischen Expansion in Asien im 17. Jahrhundert. Dabei kommen auch die Kontakte der Westschweizer Uhrenindustrie im Osmanischen Reich und in China zur Sprache. Der zweite Teil (18. Jahrhundert) dreht um Plantagen, Baumwolle, Indiennage, Sklaverei und Kapitalismus. Der dritte Teil, der das lange 19. Jahrhundert abdeckt, berührt

Textil-, Uhren- und Maschinenindustrie sowie die politisch-diplomatischen Strategien des international tätigen Bürgertums in der Schweiz. Spezielle Aufmerksamkeit gilt den Übergangsperioden 1780–1830 und 1870–1914, in denen sich die Globalisierung intensivierte.

Das Buch ist in seinen Grundaussagen vorsichtig und differenziert. Die Rede von einem schweizerischen Imperialismus oder der kolonialen Schweiz lehnt Veyrassat ab. Stattdessen bevorzugt sie den Begriff der Kolonialität von Bouda Etemad und Mathieu Humbert,³ welcher der Schweiz eine eher reaktive als aktive Rolle gegenüber dem Kolonialismus der Grossmächte zuspricht. Die Schweiz sieht sie nicht als lachenden Dritten,⁴ der den Freihandelsimperialismus der Briten nutzt und von einem Bonus als neutrale Macht profitieren kann. Der wirtschaftliche Erfolg der Exportwirtschaft sei eher dem Engagement von Kaufleuten in Übersee, der Suche nach Nischen und der Spezialisierung der Industrie zu verdanken. Ausserdem haben die Kolonien beim Aussenhandel wie bei den Kapitalbewegungen eine geringe Rolle gespielt – der überwiegende Teil des Handels habe mit Europa und Nordamerika stattgefunden.

Veyrassats Zurückhaltung – um nicht zu sagen Abneigung – gegenüber grossen Thesen wird aufgewogen durch eine Vielzahl von kleineren Befunden, von denen hier nun einige erwähnt seien. Die Beziehungen der Schweizer zu den Kolonialmächten spiegeln die wechselnden globalen Machtkonstellationen. Im 17. Jahrhundert war die Niederlande und ihre Ostindienkompanie der privilegierte Zugang für Schweizer zur Welt ausserhalb Europas. Tausende Schweizer fanden Anstellung bei der VOC, meist mit traurigem Schicksal. Doch einige wenige kehrten mit einem Vermögen heim – und Erinnerungen, welche ihre Zeitgenossen in Kontakt mit der aussereuropäischen Welt brachte und ihre Imagination beflügelte.

Im 18. Jahrhundert verschob sich das Zentrum des Welthandels von Asien in den atlantischen Raum. Wiederum fanden Schweizer vor allem über die Niederländer und ihre Westindische Kompanie (WIC) Zugang zum atlantischen Dreieckshandel. Einige konnten sich in der Plantagenwirtschaft etablieren, viele heuerten als Söldner an, und manche engagierten sich in Amsterdam im Handel und dessen Finanzierung. Dabei lernten die eidgenössischen Kaufleute – zum grossen Teil Hugenotten aus Genf, Neuenburg und Basel – das «holländische Modell»: Die Niederländer, zu wenig mächtig, um sich auf den amerikanischen Kontinenten und der Karibik grosse Gebiete sichern zu können, boten den anderen Seemächten ihre Dienste als Handelsintermediäre an (S. 117).

Im 18. Jahrhundert spielte Frankreich die wichtigste Rolle für den Schweizer Anschluss an die Weltwirtschaft. Dabei profitiert die Eidgenossenschaft doppelt von politischen Beschlüssen der französischen Krone: Die Aufhebung des Edikts von Nantes brachte viele Hugenotten in die Schweiz und mit ihnen Know-how in der Textilproduktion sowie Handelsverbindungen. Das gleichzeitige Verbot der Herstellung und des Handels mit Indiennes in Frankreich gab der «industrious revolution»⁵ in der Schweiz den nötigen Impetus. Als die französische Krone diese 1759 wieder zuließ, spielten Unterneh-

³ Bouda Etemad, Mathieu Humbert, *La Suisse est-elle soluble dans sa «postcolonialité»?* in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 64/2 (2014), S. 279–291.

⁴ Richard Behrendt, *Die Schweiz und der Imperialismus. Die Volkswirtschaft des hochkapitalistischen Kleinstaates im Zeitalter des politischen und ökonomischen Nationalismus*, Zürich 1931.

⁵ Jan de Vries, *The Industrious Revolution. Consumer Behavior and the Household Economy, 1650 to the Present*, New York 2008. Das Konzept stammt nicht von ihm selbst, sondern er verweist auf den japanischen Historiker Akira Hayami.

mer aus der Schweiz eine zentrale Rolle im Wiederaufbau der Branche. Ebenso beteiligten sich Hugenotten aus Genf namhaft an den neuen Ostindienkompanien Frankreichs und deren Finanzierung.

Im langen 19. Jahrhundert war das britische Modell die Richtschnur für die Schweizer Exportindustrie. Die Kontinentalsperre und der nachnapoleonische Protektionismus zwangen die britische Industrie zum Ausweichen nach Südamerika, ins Osmanische Reich sowie Süd- und Südostasien. In ihrem Fahrwasser bewegte sich die schweizerische Textilindustrie. Sie nutzte die Bedingungen, die ihr der britische Freihandelsimperialismus schuf.

Das Buch ist reich an Details und Verbindungen. Die stärksten Partien liegen im zweiten Teil, in dem Veyrassat die Veränderungen der Konsumwelt des 18. Jahrhunderts, die Protoindustrialisierung und den Kolonialhandel nebeneinanderstellt. Ihre Schlussfolgerungen bleiben für ein Buch von 359 Seiten allerdings etwas unverbindlich.

Andreas Zangger, Amsterdam

Antoine Chollet, Alexandre Fontaine (ed.), **Expériences du tirage au sort en Suisse et en Europe (XVI^e–XXI^e siècles) / Erfahrungen des Losverfahrens in der Schweiz und in Europa (16.–21. Jahrhundert)**, Berna: Bibliothèque am Guisanplatz (BiG), 2017 (Pubblicazione in serie, vol. 74), 324 pagine, 9 illustrazioni.

L'uso del sorteggio in ambito politico e istituzionale è tornato di moda. Sempre più governi, organizzazioni non governative e gruppi di ricerca accademica sperimentano il sorteggio allo scopo di includere maggiormente cittadine e cittadini comuni nel dibattito politico e dare così risposta alla crisi, (vera o presunta), della democrazia rappresentativa. In Francia, per esempio, il presidente Macron ha messo in piedi una *Convention citoyenne pour le climat* composta da 150 persone estratte a sorte. Nella maggior parte dei casi si tratta però di sperimentazioni puntuali e, soprattutto, i governi sono liberi di tenere conto o no delle relative conclusioni. A poco a poco, tuttavia, osserviamo tentativi di istituzionalizzazione di organi politici i cui membri sono selezionati, integralmente o parzialmente, tramite sorteggio. È il caso dello Stato dell'Oregon dove il *Citizens' Initiative Review*, un *minipublic* composto da una ventina di cittadini sorteggiati, si inserisce nelle strutture della democrazia diretta. In Europa, nella comunità germanofona del Belgio, dal settembre del 2019 esiste un organo denominato *Bürgerrat* – composto da 24 persone, di cui dodici sorteggiate – che ha certe prerogative nel processo legislativo.

Anche in Svizzera si parla sempre più frequentemente di sorteggio. Nel novembre 2019 una prima sperimentazione, proprio sulle orme del modello dell'Oregon, ha avuto luogo in Vallese: durante quattro giorni, un *minipublic*, composto da venti elettori e elettrici di Sion selezionati tramite sorteggio, ha discusso dell'iniziativa popolare federale sulle pigioni moderate e ha redatto un rapporto esplicativo di due pagine, che è stato poi inviato a tutti i votanti di Sion in vista della votazione del 9 febbraio 2020. Nel 2022 invece le cittadine e i cittadini svizzeri saranno chiamati ad esprimersi su un'iniziativa popolare che chiede che i giudici del Tribunale federale non siano più eletti dal Parlamento, bensì sorteggiati fra tutte le candidate e i candidati ritenuti idonei ad assumere la carica.

Ho iniziato questa recensione affermando che il sorteggio è tornato di moda. In effetti pochi sanno che in diverse città e cantoni svizzeri – ma anche altrove in Europa – il sorteggio era assai diffuso fino all'inizio dell'Ottocento. Il volume curato da Antoine Chollet e Alexandre Fontaine è perciò importante sia per colmare la lacuna che vede i libri di storia pressoché ignorare l'uso del sorteggio nella vecchia Confederazione, sia per

arricchire i dibattiti odierni in ambito di teoria politica nonché quelli che interessano (e interessano sempre più) l'opinione pubblica.

In particolare, il lettore o la lettrice interessata potrà apprendere le motivazioni e le modalità di funzionamento del sorteggio nella Repubblica di Berna (Nadir Weber), nei cantoni di Glarona e Svitto (Aurèle Dupuis), a Yverdon e in tante altre località vodesi (Patricia Brand e Catherine Guanzini), nonché nelle procedure di nomina (in alcuni cantoni) dei delegati alla Dieta federale (Andreas Würigler) e dei rappresentanti nelle istituzioni della Repubblica elvetica (Maxime Mellina). Il volume offre però anche uno sguardo più ampio, con capitoli sull'uso del sorteggio a Genova e a Venezia (Maud Harivel), nella città di Unna in Vestfalia (André Stappert), nelle lotterie statali e in particolare in Prussia (Tilman Haug), nonché sulla prassi diffusa di far ricorso a dei bambini, simbolo di purezza e innocenza, per le operazioni di estrazione a sorte (Yves Sintomer).

Il motivo principale per optare per il sorteggio era la lotta alla corruzione ma anche il desiderio di limitare tensioni sociali e politiche. In altre parole, non tanto la democratizzazione della società quanto la sua pacificazione era la preoccupazione maggiore. Nella Svizzera dell'*ancien régime* erano ammessi al sorteggio non certo tutti i cittadini ma di regola soltanto gli esponenti delle famiglie aristocratiche e/o patrizie. Ciò vuol dire che l'uso del sorteggio serviva di fatto a rendere più duraturo e stabile il carattere aristocratico della repubblica (quella di Berna, per esempio). Sarebbe perciò senz'altro inappropriato glorificare acriticamente l'uso del sorteggio in quel periodo della storia svizzera. Ma sarebbe altrettanto sbagliato ignorarlo o vederlo come una cosa del passato, negandogli la possibilità di diventare una fonte di ispirazione per le riforme istituzionali necessarie al giorno d'oggi.

Un altro aspetto importante è che il sorteggio fu impiegato non per abolire le elezioni, bensì insieme alle elezioni. L'elezione del Doge di Venezia, per esempio, consisteva in ben nove turni in cui l'elezione e il sorteggio si alternavano. Non solo: in alcune fasi della procedura il sorteggio serviva per sapere chi sarebbe diventato un grande elettore, mentre in altre fasi aveva come scopo la riduzione del numero dei grandi elettori. Procedure simili furono istituite anche in Svizzera, in alcuni posti (come a Berna) persino con riferimento esplicito a Venezia. Questo ci fa capire che, anche nei dibattiti odierni, non bisogna vedere nel sorteggio un'alternativa alle elezioni, bensì uno strumento che potrebbe complementare, arricchire e migliorare i processi elettorali esistenti. Fra l'altro, l'uso alternato di elezioni e estrazioni a sorte serviva anche a ridurre il rischio che certi uffici importanti venissero occupati da persone inesperte, probabilmente la critica più ricorrente (anche se spesso esagerata ed elitista) contro il sorteggio.

Il volume si conclude con due contributi scritti da politologi e teorici della democrazia che mettono in rilievo i vantaggi che il sorteggio potrebbe avere al giorno d'oggi dal punto di vista dei principi della democrazia (Dimitri Courant), a patto di prestare attenzione ai dettagli della procedura (Gil Delannoi). Si pensi per esempio ai vantaggi che derivano dal calcolo delle probabilità: il sorteggio permette infatti di avere organi politici la cui diversità interna rispecchia quella della società intera (secondo i criteri quali sesso, età, formazione, ceto sociale, orientamento politico ecc.). Un organo sorteggiato è quindi in questo senso «rappresentativo» della società. Questo è un concetto di rappresentatività, quindi, diverso da quello che conosciamo in un sistema basato soltanto sulle elezioni, dove i rappresentanti sono ritenuti tali perché godono del consenso di coloro che li hanno eletti.

Il volume sarà di interesse sia per gli storici, in particolare per le ricercatrici e i ricercatori che lavorano sulla storia delle istituzioni elvetiche, sia per i teorici e gli attivisti della democrazia partecipativa e deliberativa. Va notato, infine, che si tratta di un volume plurilingue, con sette capitoli in francese, tre in tedesco e uno in inglese, preceduti da un'introduzione in francese e tedesco. Il volume si conclude con i riassunti di tutti i capitoli in queste tre lingue. Da qui deriva la scelta della lingua della presente recensione, anche in considerazione dell'importanza che l'uso del sorteggio nelle repubbliche italiane ha avuto in Svizzera e altrove in Europa.

Nenad Stojanović, Berna/Ginevra

Carla Cordin, **Anatolij F. Koni (1844–1927) zwischen Herrscher und Volk. Ein liberaler Jurist und seine autobiografische Praxis in Zarenreich und Sowjetunion**, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2019 (Imperial Subjects. Autobiographik und Biographik in imperialen Kontexten, Band 2). 448 Seiten.

Obwohl der russische Jurist Anatolij Koni (1844–1927) liberale und mithin in einem autokratischen System suspekt Positionen vertrat, gelang ihm eine beeindruckende Karriere im staatlichen Gerichtswesen. Für seine Verdienste erhielt er zahlreiche Orden. Neben seiner beruflichen Tätigkeit engagierte er sich im Kulturbetrieb und pflegte persönlichen Kontakt zu den literarischen Grössen seiner Zeit: Tolstoj, Turgenev, Dostoevskij, Gončarov, Nekrasov und Ostrovskij. Koni hat mit seinen umfangreichen Memoiren eine wertvolle Quelle für kulturhistorische Forschungen hinterlassen. Allerdings hat sich die Osteuropawissenschaft noch kaum für Koni interessiert. Erst in jüngster Vergangenheit hat sein Werk wieder Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Konis Dissertation über das Recht auf Verteidigung des Angeklagten wurde 1996 neu aufgelegt, seine Rede zu den moralischen Grundlagen des Strafrechts erschien 2000, sein Stadtporträt von St. Petersburg fand 2003 einen Verlag und 2010 wurden seine Erinnerungen an die Schriftsteller des russischen Realismus in einem Sammelband wieder veröffentlicht. Überdies wurde sein Nachlass als einer der ersten im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (GARF) digitalisiert. Koni ist zweifellos einer der wichtigsten intellektuellen Akteure im späten Zarenreich. Sein Dilemma ist repräsentativ für viele: Er bemühte sich als loyaler Untertan des Monarchen um Reformen und Modernisierungen des politischen Systems.

Es ist deshalb unbedingt zu begrüßen, dass die Basler Osteuropahistorikerin Carla Cordin Anatolij Koni eine umfangreiche und sorgfältig recherchierte Monographie widmet. Cordin wählt einen interessanten theoretischen Ansatz. Sie bezieht sich auf Alain Badiou und seine «Ethik der Wahrheiten». In der Biographie eines Menschen gibt es laut Badiou manchmal ein einschneidendes «Ereignis», das den Betroffenen dazu zwingen könne, alles Nachfolgende in Relation auf dieses «Ereignis» zu denken. Für Koni trifft diese Konstellation mit Bestimmtheit zu: Er leitete als Gerichtsvorsitzender die Verhandlung gegen die Attentäterin Vera Zasulič, die 1878 auf den allseits verhassten Petersburger Stadthauptmann geschossen hatte und in einem Aufsehen erregenden Prozess trotz erwiesener Schuld von den Geschworenen freigesprochen wurde. Koni wurde für dieses politisch unerwünschte Ergebnis persönlich verantwortlich gemacht, zum Rücktritt aufgefordert und schliesslich auf einen anderen Posten versetzt. Auch später blieb der Fall Zasulič an Konis Reputation haften: Er galt in konservativen Milieus als Inbegriff des «Liberalen», dessen Toleranz sogar Terroranschläge rechtfertigte. Cordin bezieht die drei Hauptteile ihrer Arbeit auf Konis Begegnung mit Vera Zasulič: Sie beschreibt erstens die Stigmatisierung Konis im beruflichen Milieu der Juristen, sie analysiert zweitens die poli-

tischen Diskurse um Gnadengesuche, Schuldfähigkeit und Strafbemessung und sie rekonstruiert drittens den Gegensatz von «Intelligencja» und «Volk» in der Gesellschaft des späten Zarenreichs.

Die wichtigste Stärke der Dissertation Cordins liegt in der umfassenden Sichtung und Analyse von Konis umfangreichen Schriften. Es gelingt der Autorin, Konis Position im Spannungsfeld von konservativer Herrschaftsideologie und progressiver Gesellschaftsdiskussion präzise herauszuarbeiten. Diese Ambivalenz beschreibt sie anhand komplexer biographischer Situationen wie etwa Konis Entscheidung, nach der Oktoberrevolution in Russland zu verbleiben. Dieses Verhalten trug ihm gehässige Kommentare der Dichterin Zinaida Hippus ein, die ihm vorwarf, für eine «erhöhte Ration Graupen» zu den Bolschewiki übergelaufen zu sein. Hippus wusste allerdings nicht, dass auch die neue Macht Koni als unsicheren Kantonisten einstufte. 1919 durchsuchte die Tscheka Konis Wohnung und beschlagnahmte Gegenstände sowie schriftliche Dokumente. Koni hatte noch gehofft, der neuen Regierung demokratische und föderative Impulse zu geben. Er sah sich allerdings alsbald auf die Rolle eines Literaturkritikers beschränkt, der sich nicht zu politischen Themen äussern durfte.

Eine gewisse Schwäche der Arbeit liegt in der zu vorsichtigen Systematisierung von Konis «autobiographischer Praxis». Cordin verweist zwar auf einzelne Praktiken wie etwa das Sammeln von 1000 Visitenkarten, das Verfassen von biographischen Skizzen über Juristen, Politiker und Literaten. Sie beschreibt auch ein spätes autobiographisches Projekt aus dem Jahr 1923, das Koni unter dem Titel «Biographische Notizen» in seinem Archiv ablegte. Interessant wäre hier eine Analyse der literarischen Muster gewesen, die Koni auf sein eigenes Leben projiziert. Er folgt Tolstojis früherer autofiktionaler Trilogie *Kindheit, Knabenjahre, Jugend* und definiert für seinen eigenen Lebensweg die entsprechenden Etappen 1844–1851, 1852–1858 und 1858/1861. Ein weiteres Dokument betrifft seine «erste Liebe», die er in Anlehnung an Turgenjews gleichnamige Novelle in den Kategorien von Begeisterung und Entsagung präsentiert. Cordins Arbeit gebührt aber das Verdienst, die öffentliche Existenz eines wichtigen Intellektuellen im späten Zarenreich und der frühen Sowjetherrschaft kenntnisreich und auf der Grundlage bisher unerschlossenen Materials dargestellt zu haben.

Ulrich Schmid, St. Gallen

Aline Masé, Naum Reichesberg (1867–1928). Sozialwissenschaftler im Dienst der Arbeiterklasse, Zürich: Chronos Verlag, 2019, 335 Seiten.

Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Naum Reichesberg lehrte 36 Jahre, von 1892 bis 1928, an der Universität Bern. In seinen Vorlesungen behandelte er, oft in historischer Perspektive, das Kredit-, Bank- und Börsenwesen, die Arbeiterbewegungen, die sozialen Fragen und die sozialistischen Konzepte, sowie die Geschichte und Theorie der Statistik. Später, 1909, kam noch die Nationalökonomie hinzu. Neben der Lehrtätigkeit entwickelte Reichesberg eine beeindruckende wissenschaftliche Tätigkeit. Er bemühte sich zudem, das an der Universität erarbeitete Wissen einem grösseren Publikum zu vermitteln. Hinzu kam eine umfangreiche publizistische Tätigkeit. Reichesberg schuf ein dreibändiges, rund 4000-seitiges «Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung» und betreute während 29 Jahren die «Schweizerischen Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik». Diese Hinweise allein zeigen, dass Reichesberg zu den wichtigsten Protagonisten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Schweiz der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählt.

Naum Reichesberg entstammt einer im damals russischen Kremenez (heute Ukraine) ansässigen bürgerlich-jüdischen Familie. Er besuchte das Gymnasium in Kiew und begann 1887 in Wien, u. a. bei Lujo Brentano, Wirtschaftswissenschaften zu studieren. 1890 immatrikulierte er sich an der juristischen Fakultät in Bern, wo er im Juni 1891 mit einer Dissertation über «Friedrich Albert Lange als Sozialökonom» abschloss. Er benutzte darauf einen zehnmonatigen Aufenthalt in Berlin, um bei Richard Böckh seine Kenntnisse der Statistik zu vertiefen. Danach, 1892, habilitierte er sich in Bern mit einer Studie über «Die Statistik und ihr Verhältnis zur Gesellschaftswissenschaft».

1892 begann Reichesberg als Privatdozent seine Vorlesungen an der juristischen Fakultät der Universität Bern. 1898 wurde er zum ausserordentlichen Professor befördert – jedoch ohne Besoldung. Da seine Vorlesungen recht gut besucht waren, verfügte er dank der Kollegengelder über ein kleines Einkommen. 1903 gewährte ihm die Erziehungsdirektion schliesslich 2000 Franken pro Jahr, ein Lohn der kleiner war als der eines Volksschullehrers. Erst mit der Ernennung zum Ordinarius, 1907, wurde ihm ein ordentliches Jahresgehalt von 4500 Franken zugestanden. Reichesbergs finanzielle Situation blieb jedoch zeitlebens prekär.

Reichesberg wurde von der Ochrana, der russischen Geheimpolizei überwacht und die zaristische Gesandtschaft wandte sich mit Verdächtigungen an den Bundesrat. Die Berner Polizei konnte zwar keine revolutionäre Aktivität feststellen, doch scheute sie sich nicht, Reichesberg in ihren Rapporten mit xenophoben und antisemitischen Bemerkungen zu disqualifizieren. Seine Denkmungsart sei, so 1922 im Rapport der Polizei, «zu russisch und zu jüdisch». So verlief denn auch das damals gestellte Einbürgerungsbegehren im Sande.

Die privaten und persönlichen Aspekte der Biographie konnten mangels eines Nachlasses oder ähnlicher Quellen nur spärlich eingebracht werden. Die Autorin versuchte diese Lücke mit ausführlichen Beschreibungen der generellen Umfeld der verschiedenen Lebensbereiche zu schliessen. So erfahren wir beispielsweise viel über die Lage der Juden in Russland, über die schweizerische Migrationsproblematik, über die Einwohnerkontrolle oder über das Eherecht. Es handelt sich um Zusammenfassungen historischer Studien, bei denen man gelegentlich die Person Reichesberg aus dem Auge verliert.

Der Hauptteil der vorliegenden Arbeit (Kapitel 4–7) betrifft die akademische und öffentliche Tätigkeit Reichesbergs. Das Kapitel über die Lehrtätigkeit beginnt mit einer langen Einleitung über die Studentenschaft und die Präsenz der ausländischen, insbesondere russischen Studenten und Studentinnen in Bern. Neben den Anstellungsbedingungen und Hinweisen zur Thematik der Vorlesungen erhält man auch wichtige Einblicke in die von Reichesberg und einigen Kollegen organisierten Vortragstätigkeit ausserhalb der Alma Mater. Er unterrichtete zudem an der vom Sekretär der Arbeiterunion Wassilieff geleiteten Freien Schule in Bern.

Im fünften, den Publikationen gewidmeten Kapitel geht es insbesondere um die zehnjährige Arbeit für die Herausgabe des Handwörterbuchs. Über die Mitarbeiter, eine repräsentative Gruppe von Persönlichkeiten der akademischen und politischen Kreise der Schweiz, findet man leider nur wenige Angaben. Die Autorin leuchtet jedoch die Probleme der Organisation und Finanzierung dieses Werkes gut aus. Ausführlich kommt dabei die kleinliche Behandlung des um Unterstützung angefragten Bundesrates zur Sprache.

Eine weiteres für Reichesberg wichtiges Engagement erfolgte im Rahmen der 1900 in Paris gegründeten Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (IVgA). Der Generalsekretär der IVgA, Stephan Bauer, war zugleich Direktor des 1901 in Basel

angesiedelten Internationalen Arbeitsamtes. Reichesberg war Mitglied des Vorstandes der schweizerischen Sektion der IVgA, die von Alt-Bundesrat Emil Frey präsidiert wurde. Dank der regelmässig besuchten Versammlungen der IVdA kam Reichesberg in Kontakt mit zahlreichen ausländischen Persönlichkeiten. Ausgehend von den Bemühungen um den Schutz der Arbeiter setzte sich Reichesberg für die Schaffung eines eidgenössischen sozialstatistischen Amtes ein. Ein solches kam zwar nicht zustande, aber mit der 1925 vom Eidgenössischen Arbeitsamt konstituierten Sozialstatistischen Kommission kümmerte sich der Bund doch, wenn auch nicht sehr eingehend, um dieses lange vernachlässigte Problem.

Trotz der materialreichen Darstellung sind nicht alle Quellen optimal ausgewertet. Man hätte beispielsweise die Liste der 254 Mitarbeiter des Handwörterbuches eingehend kommentieren und gemäss Themenschwerpunkten aufschlüsseln können. Dies hätte einen besseren Einblick in das gesellschaftliche und wissenschaftliche Umfeld Reichesbergs gegeben.

Doch insgesamt kommt die bisher nur wenig beachtete Rolle Reichesbergs bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften in der Schweiz deutlich zutage. Obwohl ein persönlicher Nachlass fehlt, gibt die Arbeit von Aline Masé einen facettenreichen Zugang zur Persönlichkeit Reichesbergs.

Hans Ulrich Jost, Lausanne

Thomas Ruoss, **Zahlen, Zählen und Erzählen in der Bildungspolitik. Lokale Statistik, politische Praxis und die Entwicklung städtischer Schulen zwischen 1890 und 1930**, Zürich: Chronos, 2018 (Historische Bildungsforschung, Bd. 4), 239 Seiten.

Wie war der Aufstieg der Statistik in der Schulpolitik ausgangs des 19. und am Beginn des 20. Jahrhundert möglich und welche Funktionen hatten die damaligen Datenerhebungspraktiken für die Gestaltung lokaler Schulpolitik?

Das Ziel von Thomas Ruoss' Zürcher Dissertation besteht darin, einen Beitrag zur Statistikgeschichte, zur Geschichte 'evidenzbasierter' Bildungspolitik und zu den Praktiken lokaler städtischer Schulverwaltungen im Kanton Zürich zu leisten. Der Verfasser folgt, dies ein erstes Ergebnis, einem Wechselspiel von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen und dem Wunsch, diese empirisch zu stützen oder zu relativieren. Sichtbar und virulent zeigte sich dies in den Städten Zürich, Winterthur und St. Gallen, als mittels Schulreformen Prozesse initiiert werden sollten. Bisherige Entscheide galten oft als unzureichend legitimiert oder die ihnen zu Grunde liegende Evidenzbasis wurde als bloss 'anekdotisch' verunglimpft. Es stellte sich deshalb die Frage nach besserer Qualität empirisch gestützter Prognosen für die Schulverwaltung.

Es geht demzufolge in dieser Studie um die Art und Weise der Verwendung von Zahlen aus statistischen Tabellen, um deren Deutung sowie um die Genese von sich daraus ergebenden politischen Praktiken. Der Autor legt den Fokus jedoch nicht auf zentral organisierte, professionell gehandhabte Statistiken, sondern analysiert die quasi-amtlichen Verwaltungsstatistiken, die bislang nicht erforscht worden sind. Im Zentrum stehen die drei Städte Zürich, Winterthur und St. Gallen, die aufgrund von Eingemeindungen Ende des 19. Jahrhunderts schnell wuchsen, was die Administration von mehr Schulen in einer zentralen Verwaltungsstelle bedingte. Dabei orientierten sich Winterthur und St. Gallen an der Stadt Zürich, als sie die Organisationsform des schulischen Bereichs nach der Eingemeindung mehrerer Vorortsgemeinden festlegten. Es geht um das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung, um die Beziehung der Statistik zur empirischen Basis

von Reformen und schliesslich zur einseitigen Inkorporation empirischer Sachverhalte zugunsten politischer Absichten.

Der Verfasser der in fünf grosse Kapitel und einen Schlussabschnitt unterteilten Arbeit blickt damit in das Alltägliche der Statistikproduktion in der Gemeindeverwaltung. Er analysiert lokale, quasi-amtliche Verwaltungsstatistiken, indem er deren Funktionsweise entlang ihrer Produktions-, Disseminations- und Verwendungszusammenhänge erhebt. Gaben die *amtlichen* Statistiken zu dieser Zeit bereits vor, objektiv zu sein, dekonstruiert der Autor dieses Selbstverständnis und die Absichten, weniger aber die Methodologie der Datenproduktion für den schulischen und schulreformerischen Bereich.

Welche Position hatten lokale, städtische Datenerhebungen und wie beeinflussten sie den Wandel der städtischen Schulen ausgangs des 19. Jahrhunderts bis zur Zwischenkriegszeit?

Ruoss richtet den Blick spezifisch auf die Beschulung von Minderheiten, die Funktion der Schule in der Beurteilung der Kinderarbeit, die standespolitischen Debatten um die Lehrerlöhne sowie auf die Legitimation, den Vergleich und die Planung von Schulverwaltungshandeln. Er verweist auf die weitgehend ohne elaborierte statistische Methoden durchgeführten Vollerhebungen bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften zwecks Kontrolle von und Kritik am staatlichen schulpolitischen Handeln.

Eines der massgeblichen Ergebnisse besteht im Verweis, die Grenzen zwischen amtlichen, quasi-amtlichen und privaten Statistiken seien fließend. Dadurch spannte sich ein Kräftefeld auf (was der Autor anschaulich illustriert), das im schulpolitischen Feld einen Differenzierungsprozess zwischen privaten sowie öffentlichen Akteuren offenbarte und Widerstände gegen sozialpolitische Datenerhebungen hervorrief, eingeschlossen die Frage, wie objektiv solche Daten seien.

In den Zentralisierungsprozessen am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts fällt auf, dass ein Treiber für die Datenproduktion in den drei Städten die Kontroverse um die Zusprache finanzieller Ressourcen an die Schulen war. Der Blick auf die quasi-amtliche Schulstatistik belegt beiläufig auch die Vereinnahmung gesellschaftlicher Themen durch die Schule aufgrund der Kritik an ihr im ausgehenden 19. Jahrhundert. Daraus ist die Gegenbewegung entstanden, deren Fokus auf die Schule nicht mehr primär als 'Ort des Unterrichts', sondern vielmehr als 'Ort des Lebens' gelegen hat.

Ein weiteres Ergebnis liegt im Verweis auf die Funktion der Datenerhebungen: Sie dienten zur Planung und Gestaltung sozialer Phänomene, zur Durchsetzung politischer Ambitionen, als bildungspolitisches Argument und als Bekräftigung der Legitimität einer Institution. Es ist aber laut Ruoss auch offensichtlich, dass Schulbehörden eher verwaltet haben, als dass sie mittels Datenerhebungen Schulreformaktivitäten tatsächlich gesteuert hätten. Der Blick des Autors auf die Lehrerverbände zeigt, dass nach 1900 vor allem besoldungsstatistische Daten erhoben wurden. Man setzte sie dann ein als gewerkschaftliches Instrument, für Selbsthilfeaktionen der Lehrerschaft oder gegen die amtlichen Daten, die in Schulblättern publiziert wurden (etwa hinsichtlich neu aufgelegter Besoldungsgesetze und Lohnverhandlungen von Lehrern mit lokalen Behörden).

Allmählich etablierten sich Zahlen also als feste Grössen der Statistik und damit der pädagogischen Planung. Sie bedurften aber, so der Verfasser, der Narrative, um dank 'anekdotischer Evidenz' (S. 218) wirklich aussagekräftig zu werden. In den Zahlen, dem Zählen und dem Erzählen verschmolzen drei Ebenen quasi-amtlicher Datenerhebungen, die sich gegenseitig bedingten und so zu Varianten der Verwaltungskommunikation einer

Behörde wurden. Datenerhebungen veränderten die Schule, aber die Schule veränderte auch Datenerhebungen.

Leider unterlässt es der Autor dieser sonst lesenswerten Studie, methodologische Anmerkungen zu seinem Vorgehen zu machen. Ebenso wenig kümmert er sich um eine quellenkritische Einschätzung des zurate gezogenen Materials. Zwar ist die Fragestellung klar formuliert, aber eine erkenntnisleitende These für die ganze Studie fehlt (etwas versteckt findet sie sich auf S. 88). Zudem vermisst man Advance Organizer, die den Text leserfreundlicher und damit übersichtlicher gemacht hätten. Die Zusammenfassungen am Ende der grossen Abschnitte sind informativ (2.3., 3.4., 4.3), wobei – gerade auch im Schlusskapitel – gelegentlich eine Tabelle oder eine Grafik systematischere Information geliefert hätten als die zuweilen etwas langen Erklärungen.

Hans-Ulrich Grunder, Wohlen bei Bern

Simona Isler, **Politiken der Arbeit. Perspektiven der Frauenbewegung um 1900**, Basel: Schwabe, 2019, 270 Seiten.

«Die Welt verbessern, die Welt verändern», so resümiert Simona Isler das erklärte Ziel der von ihr untersuchten Akteurinnen. Im Fokus von Islers Buch, das auf ihrer an der Universität Basel entstandenen Dissertation beruht, stehen unterschiedliche Perspektiven auf Arbeit innerhalb der Schweizer Frauenbewegung um 1900. Ausgehend von einem «Unbehagen» (S. 14) gegenüber aktuellen feministischen Diskursen, wonach weibliche Emanzipation einzig über Erwerbsarbeit erreichbar sei, fragt die Autorin nach der Bedeutung von Arbeit für feministisch engagierte Frauen um die Wende zum 20. Jahrhundert.

Zu diesem Zweck untersucht sie drei nationale Verbände, welche die heterogene feministische Landschaft der Zeit abbilden: den *Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein* (SGF), den *Bund Schweizerischer Frauenvereine* (BSF) sowie den *Schweizerischen Arbeiterinnenverband* (SAV). Feministisch wird in der Arbeit als «beschreibendes Adjektiv» (S. 31) für jedes Engagement zur Verbesserung der Lage der Frauen verwendet – keine der drei Organisationen beanspruchte den Begriff für sich. Die historischen Akteurinnen selbst sprechen zu lassen, ist ein erklärtes Anliegen. Methodisches Rüstzeug findet Isler einerseits in der französischen Soziologie der Kritik, die «kritische Ansätze bei den Akteurinnen selbst suchen und finden» (S. 27) will, ohne deren Argumente von der Perspektive der Forscherin überdecken zu lassen. Andererseits folgt sie einer «Symmetrie der pluralen Perspektiven» (S. 29), wonach die verschiedenen Gründe und Argumente der Akteurinnen gleichermaßen als rechtmässig betrachtet werden sollen. Dies stellt methodisch eine Herausforderung dar, welche die Autorin jedoch gut meistert. Gerade mit der Skizzierung heterogener Perspektiven auf weibliche Arbeit gelingt es ihr, die in der Geschlechtergeschichte lange wirkmächtige Vorstellung einer dichotomen Geschlechterordnung – einer Unterteilung der Welt «in öffentlich-männliche und privat-weibliche Bereiche» (S. 244) – zu hinterfragen.

Der Hauptteil der Studie ist in vier thematische Teile gegliedert, in denen jeweils alle Verbände zu Wort kommen. Das erste Kapitel widmet sich ihren Gesellschaftsanalysen und dem jeweiligen Selbstverständnis (I). Gemeinsam ist den Einschätzungen, dass die Industrialisierung zu einem grundsätzlichen Wandel der Arbeits- und Lebensweisen von Frauen geführt habe. Entsprechend ihrem unterschiedlichen Verständnis von Arbeit variieren die Handlungsansätze jedoch massgeblich. Die folgenden Kapitel verdeutlichen dies am Beispiel ihrer Bestrebungen für eine verbesserte Bildung für Mädchen und Frauen

(II), für eine Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen durch gesetzliche Massnahmen und sozialstaatlichen Ausbau (III) sowie anhand ihrer jeweiligen Lösungsansätze in der sogenannten Dienstbotinnendebatte, d. h. in den zeitgenössischen Diskussionen rund um den Mangel an respektive die Not der Dienstbotinnen (IV).

Für die Politik des BSF, der sich selbst in Abgrenzung zum gemeinnützigen Engagement des SGF «auf der Höhe der Zeit und des Fortschritts» (S. 62) verortete und insbesondere gebildete Frauen ansprach, war die konzeptuelle Trennung von Arbeit und Leben der Frauen grundlegend. Diesem dichotomen Denken folgend, sahen die Vertreterinnen des BSF in der industrialisierten Gesellschaft mehrheitlich Chancen für Frauen, da letztere der veralteten häuslichen Gemeinschaft entkommen und auf die «moderne, individualisierte, zukunftsgerichtete Seite der staatsbürgerlichen Gemeinschaft» (S. 245) gelangen konnten. Insbesondere eine verbesserte Berufsbildung für Frauen sollte zu diesem Ziel führen. Die mit dem Verlassen des Hauses realisierte Gleichheit von Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit diente dem BSF als Grundlage für die Forderung nach gleichen Rechten. Diesem umfassenden Gleichheitsprinzip widersprach der vom SAV eingeforderte Anspruch auf einen spezifischen Schutz für Fabrikarbeiterinnen: einzig für Frauen im Wochenbett erschien dem BSF eine geschlechterspezifische Regelung sinnvoll.

Den Politiken des SGF und SAV lag kein dichotomes Verständnis von Haus und Welt zu Grunde. Aus der Sicht des SGF veranlassten die Nöte der Zeit Frauen dazu, das Haus zu verlassen, um «sich der Welt anzunehmen» (S. 45). Gerade die häuslichen bzw. hauswirtschaftlichen Fertigkeiten waren gefragt, um die Welt zu verändern: die Vertreterinnen des SGF betonten die ökonomische Bedeutung des hauswirtschaftlichen Arbeitens für die ganze Gesellschaft und leiteten davon ihre Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung ab. Laut dem SGF sollten alle Frauen hauswirtschaftliche Bildung erhalten, Fabrikarbeit wurde hingegen zurückgewiesen, da sie nicht den Kriterien der «liebenden Arbeit» (S. 167) entsprach. Vielmehr waren die gemeinnützig engagierten Frauen darum bemüht, Arbeiterinnen ein Einkommen in der Heimarbeit oder im Dienst zu finden. Während der BSF und insbesondere der SAV das Dienstbotinnenwesen als rückständig respektive ausbeuterisch kritisierten, verteidigte der SGF die hier weiterhin wirksame asymmetrische häusliche Ordnung. Sie beruhte jedoch auf «pluralen Hierarchisierungskriterien» (S. 234): neben Stand waren Alter, Erfahrung und Bildung von Bedeutung für eine überlegene Position im häuslichen Gefüge, die potenziell allen Frauen zugänglich sein sollte.

Der SAV betonte das Elend, das die kapitalistische Produktionsweise verursachte und verstand sich als Interessensvertretung aller Frauen und Arbeiterinnen, die nicht in Berufsverbänden organisiert waren. Neben Fabrikarbeiterinnen sprach der Verein auch Dienstbotinnen, Heimarbeiterinnen und Hausfrauen an: Überall arbeiteten Frauen für die eigene Versorgung und diejenige ihrer Mitmenschen. Die Selbstbezeichnung «proletarische Frauenbewegung» (S. 78) verdeutlicht einen eigenen Standpunkt sowohl gegenüber der männlich dominierten ArbeiterInnenbewegung wie auch der «bürgerlichen» Frauenbewegung. Anhand der Forderungen des SAV nach spezifischen gesetzlichen Bestimmungen für möglichst alle Arbeiterinnen widerlegt Simona Isler eine gängige Darstellung der Frauengeschichte, wonach die «Sonderschutzmassnahmen» im Fabrikgesetz eine diskriminierende Wirkung auf die Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten. Eine privilegierte Behandlung der Frauen war aus Sicht des SAV gerechtfertigt, um die schlechteren Arbeitsbedingungen der Frauen abzufedern: Sie hatten einen besonders eingeschränkten Zugang zu Ressourcen wie Zeit, Geld und Gesundheit und waren stärker

von Ausbeutung betroffen. Mit der Betonung der ausgeprägteren Ausbeutungssituation sowie dem zentralen Sorgebeitrag proletarischer Frauen, so argumentiert Isler überzeugend, verfolgte der SAV keine Politik für «den weiblichen Sonderfall» (S. 245), sondern rückte die Frauen ins Zentrum des Klassenkampfes.

«Politiken der Arbeit» erweist sich als durchgehend anregende Lektüre – zu bemängeln ist einzig die etwas repetitive Struktur, die gleichzeitig das Argument umso klarer konturiert. Die Studie leistet einen wertvollen Beitrag sowohl zur Historisierung von Arbeit – dem gängigen Verständnis nach dichotom gegenüberstehend zur Sphäre des Privaten – sowie zur Historisierung des Feminismus – dessen Rekonstruktion oft entlang aktueller Fortschrittsparadigmen erfolgt. Nicht zuletzt regen die unterschiedlichen feministischen Konzeptionen von Arbeit um die Wende zum 20. Jahrhundert dazu an, darüber nachzudenken, wie sich Arbeit in Zukunft aus feministischer Perspektive politisieren lässt.

Sarah Probst, Solothurn

Peter Metz, «Schulen auf besonnter Höhe». **Gründung und Entwicklung von alpinen Mittelschulen in der Schweiz**, Chur: Tardis Verlag, 2019, 360 Seiten, 20 Tabellen, 80 Abbildungen.

In seiner bildungshistorisch, gerade wegen ihrem starken geografischen Fokus exemplarischen, aufschlussreichen und lesenswerten Studie, thematisiert Peter Metz die Gründung und Entwicklung alpiner Mittelschulen in der Schweiz. Dieser Gegenstand war in der bildungshistorischen Forschung bisher unbearbeitet.

Der Autor begründet seine Themenwahl weniger mit der quantitativ vernachlässigbaren Anzahl von Schülerinnen und Schülern der alpinen Mittelschulen als mit dem Motiv – und das ist die weitreichende These, die der Zürcher Schulhistoriker Lucien Criblez im Vorwort statuiert –, private Schulen zeigten «eine Art Kehrseite öffentlicher Schulen» (S. 8). Sie könnten nur so lange als 'Nischenprodukte' überleben, als die öffentlichen Schulen «eine hohe Qualität an Schulbildung erwarten lassen» (ebd.). Gewährleisteten jedoch die staatlichen / öffentlichen Schulen die von ihnen erwartete Qualität über längere Zeit nicht, würden private Schulangebote aus Qualitätsüberlegungen zur Alternative zu öffentlichen Schulen und verlören damit ihren Nischencharakter.

Einige Gründe bewogen Eltern dazu, in Privatschulen der nachobligatorischen Bildung für Leistungen, die in öffentlichen Schulen unentgeltlich oder wesentlich billiger zu beziehen waren, mehrheitlich hohe Schulgelder zu bezahlen: Zwischen 1875 und 1950 waren die Schulstandorte für ausländische Eltern im (vor)alpinen Raum attraktiv, was auch mit den damit zusammenhängenden geographischen und pädagogischen Aspekten zusammenhing (Berge, gute Luft als Gesundheitsfaktor, Vollversorgung / Vollumsorgung, andere Aufnahmekriterien als öffentliche Schulen).

Metz untersucht in seiner quellenbasierten Studie (auch aufgrund von Literatur zur Entwicklungsgeschichte der Alpenerschliessung und unter Bezugnahme auf die Geschichte von Medizin, Sport und Tourismus), wie sich ein vollschulisches privates Bildungsangebot im alpinen Raum der Schweiz herausgebildet hat und studiert so ein Phänomen, dessen Aufarbeitung die bisherige Schweizer Bildungsgeschichte um eine bemerkenswerte Facette erweitert.

Um seine These zu illustrieren, rekonstruiert Metz in dichten 'Schulportraits' sechzehn alpine und voralpine private Mittelschulen (von 42 gefundenen Instituten) in nicht-konfessioneller Trägerschaft mit einem Fokus auf der Ostschweiz und Graubünden.

Zu verweisen ist auf die Varianz der Privatschulangebote, was bereits die Definition des Gegenstands belegt, weil als Mittelschule nicht immer dasselbe bezeichnet wurde. Damit waren Schulen der Sekundarstufe I gemeint, ebenso Gymnasien oder andere allgemeinbildende Volksschulen, etwa auch mit berufsbildenden Funktionen. Die Definitionsspielräume waren erheblich, zumal für Bildungslaufbahnen formale Abschlüsse zählten, aber eine eidgenössisch anerkannte Matura noch nicht die alleinige Prämisse für eine erfolgreiche Berufslaufbahn darstellte. Andererseits ist es unangemessen, die alpinen Mittelschulen auf den Aspekt der 'gekauften Bildung' reduzieren zu wollen (S. 9). In der Tat zeigt Metz' Studie zu den privat geführten gymnasialen Mittelschulen des alpinen Raums in der Schweiz, dass die Funktionen dieser Schulform im untersuchten Zeitraum vielfältiger waren, als bisher angenommen worden ist.

Entfernt davon, eine 'Einheit' zu postulieren, wie sie Herman Nohl mit Blick auf die von ihm damals mit dem Begriff 'Reformpädagogik' belegten Schulerneuerungsversuche des beginnenden 20. Jahrhunderts unterstellte, bevorzugt Metz eine weich definierte, explorativ bestimmte Auswahl von Schulen, die auch den Blick über die Grenzen der alpinen gymnasialen Privatschulen und über jene in die anderen Alpenländer erlaubt.

Wie geht der Autor vor? Einleitend erörtert Metz die Relevanz des Themas, seinen thematischen Zugriff, präsentiert die acht stark fokussierten Forschungsfragen sowie die eingesetzten Forschungsmethoden (Biografien, Dokumentenanalyse, deskriptive Statistik, sozialgeschichtliche und bildungspolitische Ansätze) und erörtert die Quellenlage. Damit ist die Basis dafür gelegt, die Gründung und Entwicklung der alpinen Mittelschulen in der Schweiz nicht lediglich institutionengeschichtlich, sondern als kulturgeschichtliches Geschehen und als Begleitphänomen der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des alpinen Raums in der Schweiz (S. 35) zu deuten.

Ist die Grundgesamtheit der zu untersuchenden alpinen Mittelschulen einmal erfasst (1. Kapitel), führt eine Definition des 'alpinen Raums' zur Frage nach den Einflussgrößen, die eine geographische Verbreitung von nicht-konfessionellen, privaten alpinen Mittelschulen verhindert haben könnten, und dazu, ob es sich dabei um eine schweizerische Besonderheit handle. In der Skizze der historischen Kontexte und sozialen Motivlagen (2. Kapitel) erörtert Metz die Alpen als Wirtschaftsraum, Chiffre, Genesungs-, Bewegungs- und Bildungsraum sowie die Schweiz als politischen Raum. Im umfangreichsten Abschnitt (3. Kapitel, 220 Seiten) porträtiert der Autor sein Sample: Die voralpinen Mittelschulen der Ost- und der Zentralschweiz, die alpinen Mittelschulen Nord- und Mittelbündens, jene im Engadin und im Tessin, die voralpinen und alpinen Mittelschulen in den Kantonen Bern und Freiburg sowie jene der Westschweiz. Im systematisch angelegten resümierenden Teil (4. Kapitel, 40 Seiten) konstruiert der Autor, basierend auf den Schulporträts die Charakteristika einer Bildungslandschaft des alpinen Raums, eingegrenzt auf die geschichtliche Entwicklung und die Eigenschaften der privaten alpinen Mittelschulen, präsentiert komprimiert die Ergebnisse, diskutiert die 'Spannungsfelder', formuliert Anschlussfragen zuhanden weiterer Studien und schliesst den Band mit einem ausführlichen Anhang ab (Abkürzungen, Quellen und Literatur, informative Kurzportraits einzelner Privatinstitute, Personen- und Ortsregister).

Diese anregende Publikation setzt den Massstab für weitere sozialhistorische, bildungs- und schulgeschichtliche Studien in diesem Bereich. Metz' Arbeit ist untadelig und leserfreundlich angelegt. Ihr Autor argumentiert sachlich und nüchtern, methodologisch bewusst, die Eingangsthese illustrierend, quellenbezogen und bildungs- und schulhisto-

risch äusserst sorgfältig. Dem Band ist nicht nur unter Bildungsgeschichtlern und HistorikerInnen eine grosse Resonanz zu wünschen!

Hans-Ulrich Grunder, Wohlen bei Bern

Nic Ulmi, *Une vie électrique*, Lausanne: Antipodes, 2019, 288 Seiten, 65 Abbildungen.

Das Leben ist von Elektrizität durchdrungen. In seinem Buch *Une vie électrique* geht der Wissenschaftsjournalist und Historiker Nic Ulmi diesem Umstand auf den Grund. Anlass seiner Arbeit war das 90. Jubiläum der *Association Cantonale Vaudoise des Installateurs-Électriciens* (ACVIE), die ein Buch über die Elektrifizierung und ihr Personal in Auftrag gab. Zum einen zeichnet Ulmi die Elektrifizierungsgeschichte anhand der Sekundärliteratur nach, zum anderen möchte er die Installateure und Elektriker anhand neuen Quellenmaterials und Interviews in den Vordergrund rücken. Das Buch erhebt somit nicht primär den Anspruch, eine Forschungslücke zu schliessen, vielmehr soll es ein Panorama der Schweizer Elektrizitätsgeschichte zeichnen und dieses mit Zeitungsquellen anreichern, um die Rolle der Hintergrundakteure der Elektrifizierung deutlich zu machen.

Der Text ist inhaltlich um fünf thematische Schwerpunkte gruppiert. Im ersten Kapitel stellt Ulmi die wissenschaftshistorischen Hintergründe der Elektrizität dar und erzählt, wie die elektrischen Techniken im ausgehenden 18. Jahrhundert im Dunstkreis von Pseudowissenschaft und Schauspiel, aber auch in medizinischen Versuchen angewendet wurden. Eine gewisse Visibilität habe Elektrizität erst durch die Kohlenbogenlampe erfahren, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts erfunden wurde. Doch erst Jahre später, mit der Sicherstellung einer konstanten Energiequelle durch den Elektrodynamo, konnte das elektrische Licht 1878 auf der Pariser Weltausstellung publikumswirksam inszeniert werden. In den darauffolgenden Dekaden fand eine rasante Implementierung des elektrischen Lichts statt. Wie Ulmi betont, erreichte die Schweiz bereits 1900 einen vergleichsweise hohen Elektrifizierungsgrad, wobei Strom medienwirksam mit der Energiegewinnung in den heimischen Bergen und der damit verbundenen energetischen Autarkie inszeniert worden sei. Diese Vermarktung der neuen Technik trug viel zur breiten Akzeptanz von Elektrizität bei und schmälerte den anfänglichen Argwohn, der ihr teilweise entgegengebracht wurde.

Im zweiten Kapitel geht der Autor in groben Zügen auf die Elektrifizierung des Heims zwischen 1890 und 1950 ein, indem er beschreibt, wie die ersten Lichtanlagen in Betrieb genommen, Stromanschlüsse im Haushalt installiert und der steigende Energiebedarf durch neue Kraftwerke befriedigt wurden. Neben sichtbaren und namhaften Akteuren der Elektrifizierung, privaten Investoren und öffentlichen Unternehmen, schenkt Ulmi denjenigen Gruppen Beachtung, die einen wichtigen Teil zur Elektrifizierung beitrugen, in bisherigen Darstellungen aber kaum Platz fanden: «ces acteurs plus petits et moins connus» (S. 58), den privaten Installateuren und Verkäufern elektrotechnischer Apparate. In der lokalen Berichterstattung, hauptsächlich aber in den Annoncen verschiedener Tageszeitungen lassen sich Spuren dieser Akteure finden. Der Start des elektrischen Lebens manifestiert sich laut Ulmi darin, dass Mechaniker und Händler elektrische Teile oder Kleinmaschinen zum Verkauf anboten. Insbesondere im elektrischen Knopf, der Alarmzwecken und der Fernkommunikation diente, zeigt sich, dass um 1880 eine Nachfrage nach elektrisch betriebenen Geräten einsetzte. Aber auch Werbeanzeigen für Uhren, Telegrafien und Telefone sowie Beleuchtungsanlagen nahmen um 1900 zu, woraus Ulmi schliesst, dass Privatpersonen hauptsächlich über solche Kleinstapplikationen erstmals mit Elektrizität in Kontakt kamen.

Das letzte Drittel des Buches verteilt sich auf drei kurze Kapitel, in denen verschiedene Akteure der Elektrifizierung und der Übergang zur Nuklearenergie behandelt werden sowie abschliessend ein Rückblick auf die Arbeit der Elektroinstallateure und Elektrikerinnen der letzten 100 Jahre geleistet wird. Insbesondere dieses letzte Kapitel gibt einen interessanten historischen und aktuellen Einblick, wie diese Berufsgruppe anfangs wenig wahrgenommen wurde, ihre Position aber durch gewerkschaftliche Selbstorganisation zunehmend ausbauen konnte. In vermehrter Pressepräsenz nach 1910 zeigt sich, dass für die Branche ein Kampf um Tarife, Zulassungen und gegen Lohndumping diskursiv an Bedeutung gewann. Den Wandel der Arbeit macht Ulmi schliesslich deutlich, indem er anhand der ACVIE aufzeigt, wie sich das Berufsfeld von Elektrikern und Elektrikerinnen über 100 Jahre stetig veränderte und erweiterte. Bedeutende Änderungen brachte die Digitalisierung und Elektronik ab den 1960er Jahren sowie der Übergang zu erneuerbarer Energie in den 1990er Jahren, was die Installationen im Haushalt veränderte, beispielsweise durch den Einbau von Photovoltaikanlagen. Für dieses letzte Kapitel führte Ulmi Interviews mit mehreren Berufstätigen und skizziert anhand dessen eine Rundschau zur Veränderung derer Arbeit.

Nic Ulmis Vorhaben, einen Überblick über die aktuelle Forschung zur Elektrifizierungsgeschichte der Schweiz zu liefern und mit eigenen Recherchen zur Rolle der wenig beachteten Elektroinstallateurinnen und -installateure zu verknüpfen, vermag leider nicht ganz zu überzeugen. Die Verbindung bereits vorhandener Forschung mit der punktuellen Fokusverschiebung auf die Geschichte der Installationsbranche ist stellenweise verwirrend arrangiert, insbesondere weil der Grossteil des Textes deutlich auf Sekundärliteratur basiert, die hauptsächlich das 19. und frühe 20. Jahrhundert behandelt. Zudem fehlt dem Vorhaben letztlich die Quellenbasis, da der Autor darauf verzichtet, nebst Zeitungsartikeln und Interviews weitere Quellen hinzuzuziehen.

Nichtsdestotrotz besteht eine Leistung des Buches darin, dass die vorhandene Forschung zur Elektrifizierungsgeschichte der Schweiz zusammengetragen und zu einer gut lesbaren und ansprechend gestalteten Synthese arrangiert wurde. Angereichert mit illustrativen Bildern ist ein durchaus interessantes Buch entstanden, dessen Lektüre einen schnellen und aktuellen Überblick über die Schweizer Elektrifizierungsgeschichte ermöglicht.

Jonas Schädler, Zürich

Barbara Lüthi, Damir Skenderovic (Hg.), **Switzerland and Migration. Historical and Current Perspectives of a Changing Landscape**, Cham: Palgrave Macmillan, 2019 (Palgrave Studies in Migration History), 357 Seiten, 14 Abbildungen.

In zeitgenössischen Migrationsdebatten geht es so gut wie immer um Zugewanderte. Sie werden von denjenigen Frauen und Männern abgegrenzt, die vermeintlich «schon immer» da waren. Ein Verständnis von Migration als Zuwanderung dominiert auch in dem vorgelegten Sammelband, herausgegeben von der in Köln tätigen Migrationshistorikerin Barbara Lüthi und dem Freiburger Zeithistoriker Damir Skenderovic. Die Hälfte der hier versammelten vierzehn Beiträge befasst sich mit der Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung in die Schweiz, vier mit Auswanderung und zwei mit Verhandlungen an oder über Grenzen und Grenzziehungspraktiken; ein Beitrag (von Nelly Valsangiacomo) verknüpft auf geschickte Weise Fragen der Ein- und der Auswanderung. Die Betonung von ein- gegenüber ausgehender Migration spiegelt die Problemwahrnehmung des 21. sowie grosser Teile des 20. Jahrhunderts wider. Die Sorge um «Schweizer anderswo» trat

dahinter zurück, wenn sie auch, wie die Kapitel im letzten Teil des Buchs zeigen, in spezifischen Momenten virulent wird. Interne Migrationen, also Wanderungen im Binnenraum der Schweiz, kommen in dem Band nicht zur Sprache.

Mit dieser Zusammensetzung richtet sich der Fokus des Buches auf Entwicklungen des 20. und 21. Jahrhunderts, mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte der vergangenen fünf bis sechs Dekaden: Kategorien der Sozialanthropologie, der *critical whiteness*, der *gender-*, der *postcolonial* oder der *border studies* aufnehmend, befassen sich fünf der Beiträge mit aktuellen Erkenntnisinteressen der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung, neun wählen einen historischen Ansatz, davon die meisten bezogen auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Lediglich zwei Beiträge sprechen Entwicklungen vor 1945 an, keiner die Geschichte des 19. Jahrhunderts oder davor. Das Buch richtet sich also in erster Linie Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker sowie an sozialwissenschaftlich und interdisziplinär arbeitende Migrationsforschende.

Die Beiträge gliedern sich in vier Sektionen, gerahmt von einer von der Herausgeberin und dem Herausgeber verfassten Einleitung sowie einem substantiellen Epilog, der von Donna R. Gabaccia stammt, einer der Pionierinnen der historischen Immigrationsforschung im angelsächsischen Raum. Diesen beiden Texten kommt es zu, den roten Faden zwischen den Beiträgen zu legen, die sich hinsichtlich ihres Fokus, ihrer Untersuchungsebene und ihres Forschungsansatzes unterscheiden. Die Einleitung liefert dazu einen Forschungsstand, der das wissenschaftliche Feld grob skizziert, in dem sich der Band verortet. Der Anspruch des Buchs, verschiedene Migrationsmuster einzubeziehen, wird durch ein breites Verständnis von Migration als «crossing the boundaries of a political or administrative unit for a certain minimum period of time» (S. 9) unterstrichen. Gemessen daran ist es bedauerlich, dass Zwangsmigration, Flucht und Exil, wenngleich in der Einleitung angesprochen, in den Beiträgen nur am Rande thematisiert und Migrationen, die im Zusammenhang der Entstehung des modernen Nationalstaats im 19. Jahrhundert stehen, ausgeblendet bleiben.

Der Epilog übernimmt die Aufgabe, den Fall der Schweiz für eine internationale Leserschaft zu perspektivieren. Dies geschieht, indem Grundlagen des politischen Systems der Schweiz (Föderalismus, direkte Demokratie) erklärt werden. Die Autorin handelt zudem terminologische Aspekte ab, insbesondere die Abwesenheit des Begriffs *immigrant* (Einwanderer) in der schweizerischen Debatte (ganz im Gegensatz zum Sprachgebrauch in den Ländern Nordamerikas).

In vier Sektionen fragt das Buch nach Wissensproduktion im Kontext von Migration (I), nach Migrationsregimen (II), nach der politischen Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten (III) und nach transnationale Praktiken und Wahrnehmungen (IV). Es ist das erklärte Ziel des Bandes, Forscherinnen und Forschern Raum zu geben, neuere Ansätze und aktuelle Forschungsergebnisse zu präsentieren und damit konzeptuelle Pflöcke zur Markierung eines Forschungsfeldes einzuschlagen, das noch wenig konturiert ist (wenngleich aus meiner Sicht nicht ganz so «dürftig», wie in der Einleitung behauptet). Vor diesem Hintergrund ist etwa Kijan Espahangizis Plädoyer für eine Wissensgeschichte der Migration zu verstehen oder auch Patrizia Purtscherts Aufforderung, Ansätze der kritischen Rassismusforschung für die Erforschung von Migration im Kontext der Schweiz fruchtbar zu machen. Historikerinnen und Historiker werden sich über den Einbezug bislang wenig beachteter Quellengattungen freuen, etwa im Beitrag von Nelly Valsangiacomo, die sich mit der Darstellung von Migranten in audiovisuellen Medien der 1960er und 1970er Jahren befasst, bei Francesco Garufo und Christelle Maire, wel-

che die geschlechtliche Kodierung politischer Plakate untersuchen oder in Stefan Wellgrafs theoretisch wie empirisch überzeugenden Untersuchung von Postkarten-Korrespondenzen zwischen Brasilien und der Schweiz zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sektion III über Formen und Praktiken der politischen Selbstorganisation und Partizipation von Migrantinnen und Migranten beinhaltet ausschliesslich Fallstudien zur italienischen Migration. Behandelt wird die Geschichte der *Colonie libere italiane in Svizzera*, über die in deutscher Sprache schon einiges erschienen ist (Beitrag von Toni Ricciardi und Sandro Cattacin), die Bildungspolitik des Kantons Zürich im Kontext der italienischen Zuwanderung in den 1960er und 1980er Jahren (Beitrag von Philipp Eigenmann, dessen Dissertation vor einiger Zeit zum gleichen Thema erschienen ist) und die Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt, der sich Flavia Grossmann widmet. Trotz der unbestrittenen Qualität dieser Beiträge wirft die Fokussierung auf die italienische Zuwanderung die Frage nach der Auswahl und Repräsentativität der im Buch versammelten Beiträge auf: Handelt es sich um Untersuchungen mit exemplarischen Charakter (und wenn ja, wofür?) oder geht es *bottom up* in erster Linie darum, vielversprechende neue Perspektiven zu präsentieren?

Warum kann die Lektüre dieses Buches von Nutzen sein? Zum einen vermittelt sie einen Einblick in aktuelle Forschungen und Fragestellungen, die sich aus Geschichte und Gegenwart von Migrationen im Schweizer Kontext ergeben. Der Spagat zwischen vergangenheits- und gegenwartsbezogenen Arbeiten gelingt dabei nur halb: Bezüge zwischen einzelnen Kapiteln und Perspektiven bleiben blass. Allenfalls der Epilog stellt einige hilfreiche Querverbindungen her, etwa wenn er auf Kontinuitäten der Rassialisierung verweist. Zum anderen wird deutlich, dass es lohnt, Fragen, welche die internationale Migrationsforschung bewegen – etwa nach kolonialer Verstrickung, nach der Bedeutung von *race* und *gender* oder nach transnationalen Praktiken – auch in Bezug auf ein Land zu stellen, das vermeintlich durch *racelessness* und koloniale Abstinenz gekennzeichnet ist.

Wer vor der Lektüre wenig über die Schweiz wusste, wird vermutlich Schwierigkeiten haben, aus hochspezialisierten Einzelstudien generellere Schlüsse zu ziehen. Herausgeberin und Herausgeber hätten hier stärker eingreifen und zu den einzelnen Sektionen hinleiten können. Dies hätte nicht nur die Gelegenheit geboten, die Sektionsthemen im weiten Feld der Migrationsforschung besser zu verorten, sondern auch, konkrete Bezüge zwischen den Kapiteln herzustellen, wo der Epilog notgedrungen allgemein bleiben muss. Wer dagegen zu einem der in den Beiträgen abgehandelten Themen selber arbeitet, wird fündig in gut recherchierten und auch darstellerisch gelungenen Fallbeispielen.

Kristina Schulz, Neuchâtel

Jean-Luc Rickenbacher, **Für den Frieden in einer Zeit des Krieges. Schweizerische Friedensgesellschaft und organisierter Pazifismus während des Ersten Weltkrieges**, Bern: Bern Open Publishing, 2018 (Berner Studien zur Geschichte, Reihe 5: Ära der Weltkriege, Bd. 1), 165 Seiten.

Si plusieurs travaux ont éclairé l'histoire du pacifisme bourgeois – et plus spécifiquement de la Société suisse pour la paix – jusqu'en 1914, on ne savait pas grand chose de son parcours durant la Grande Guerre. C'est à mettre en lumière cette période que s'est attelé l'auteur dans ce travail de Master, en s'appuyant sur le dépouillement de plusieurs fonds cantonaux, à Genève, à Berne, à Neuchâtel, à Zurich, à Lucerne, à La Chaux-de-Fonds, des Archives fédérales et de plusieurs revues pacifistes. Il commence par rappeler les origines et les premiers développements du mouvement, avant d'enfiler une série de chapitres qui traitent la question année après année – on peut s'interroger sur la validité

de ce découpage chronologique un peu simpliste qui aurait peut-être gagné à être articulé en fonctions des inflexions du parcours de la Société pour la Paix durant la guerre.

La guerre ne signifie-t-elle pas la faillite complète du pacifisme bourgeois qui mettait tous ses espoirs dans le droit international et l'arbitrage international? C'est la première question à laquelle doit répondre le mouvement, plusieurs journaux les moquant cruellement. Mais cette péripétie ne compte guère face aux blocages internes et aux concurrences qu'il s'agit bientôt d'affronter. Dès l'automne 1914, la société est en effet complètement bloquée par la division entre Romands et Alémaniques, le fameux fossé moral jouant à plein durant toute la période. Les Romands estiment que la seule vraie paix sera acquise par une défaite du militarisme prussien; ils s'opposent donc à tout appel plaidant pour la cessation des combats et pour une paix immédiate, ils boycottent plusieurs manifestations, ils bloquent le fonctionnement du Bureau international installé à Berne, etc. Du côté alémanique, on estime que l'Allemagne lutte pour son existence, et lorsque la version germanophone de la revue du mouvement écrit dans sa livraison de septembre / octobre 1914 que l'entrée des troupes allemandes en Belgique est une violation brutale du droit international, elle se voit ensevelie sous une avalanche de lettres de protestations. L'incompréhension, voire parfois l'hostilité, entre sections romandes, genevoise surtout, et alémaniques rend tout travail en commun presque impossible. On se rabat sur des actions humanitaires ponctuelles, on s'engage à l'occasion de Noël dans une campagne contre les jouets guerriers, etc.

Pourtant, la Société suisse pour la paix se rend compte que son inaction laisse le terrain libre pour des concurrents. Zimmerwald et Kienthal témoignent d'un engagement socialiste pacifiste avec lequel il est certes impossible de s'associer, y compris sur la question des refus de servir, le principe de la défense nationale n'étant jamais remis en question, mais d'autres mouvements pacifistes bourgeois éclosent, à l'étranger – Union of Democratic Control, Anti-Oorlog-Raads, etc. – ou en Suisse – Ligue des pays neutres, Comité pour l'études des conditions d'une paix durable, etc. – qui pourraient lui porter ombrage. Mais aucun de ces mouvements ne parvient véritablement à s'imposer, donnant à la Société internationale pour la paix et à sa section helvétique l'impression qu'elle représente toujours la grande partie du pacifiste bourgeois. Dès 1918, lorsque se profile la création d'une Société des Nations, les Romands et plus particulièrement les Genevois, s'engagent avec enthousiasme pour ce qui leur paraît être un renouveau de l'esprit d'arbitrage du tournant du siècle, au contraire des Alémaniques, plus circonspects. La Société ne s'engage semble-t-il pas vraiment en tant que telle dans la campagne qui débouche sur la votation du 16 mai 1920. Dès lors, elle va décliner, campant sur ses positions et peinant à comprendre que la guerre a eu lieu et qu'elle a changé le monde, tandis que se développe autour d'elle un nouveau pacifisme.

Alain Clavien, Fribourg

Andreas Tscherrig, *Krankenbesuch verboten! Die Spanische Grippe 1918/19 und die kantonalen Sanitätsbehörden in Basel-Landschaft und Basel-Stadt*, Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft, 2016 (Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Basel-Landschaft, vol. 97), 244 pages, 23 illustrations.

Si le centenaire de la Grève générale de 1918 et la fin de la Première Guerre mondiale ont suscité un grand nombre de publications, force est de constater que la pandémie de grippe de 1918–1919 n'a pas rencontré le même intérêt. Le livre de Tscherrig reste ainsi la seule monographie sur l'épisode en Suisse: bien que, avec les 24'449 morts

(p. 170) recensés sur l'ensemble du territoire, l'épisode représente la plus grave crise sanitaire de la Suisse moderne, notre compréhension est au mieux superficielle. Comme l'auteur le rappelle, la pandémie grippale de 1918 reste considérée comme une «note de bas de page» de la Première Guerre mondiale (p. 15). Cette lacune historiographique apparaît d'autant plus clairement que l'actualité de la pandémie de Covid-19 est régulièrement analysée au prisme de la grippe de 1918, avec une pertinence toute relative.

Krankenbesuch verboten! est issu du travail de mémoire que Tscherrig a rédigé en 2014 à l'Université de Berne. Le corps du texte est sensiblement inchangé, l'ouvrage conserve donc de bout en bout la forme, le ton et l'ambition d'un travail de mémoire. La recherche est ainsi organisée autour d'une question descriptive: quelles ont été les réactions des autorités de Bâle-Campagne et de Bâle-Ville face à l'épidémie grippale (p. 11)? L'auteur y répond de manière comparative en étudiant les archives des autorités cantonales, principalement celles de leur exécutif ainsi que des autorités sanitaires et militaires. Une consultation sélective de la presse ainsi que des archives fédérales complète avantagement son analyse.

Tscherrig montre que, si la santé publique est essentiellement une compétence cantonale, les impulsions viennent des autorités fédérales pour ce qui est de la lutte contre les épidémies. Les premières mesures de lutte contre la grippe sont ainsi prises à la suite de l'Arrêté fédéral du 18 juillet 1918, lequel autorise les cantons à décréter des interdictions de rassemblement (p. 59). Suivront notamment l'obligation de déclaration des cas de maladie ainsi que le versement de subsides fédéraux entre octobre et novembre (p. 138), à quoi s'ajouteront trois millions de francs pour les assurances maladies (p. 139). En étudiant l'application des instructions fédérales par les cantons, Tscherrig souligne que le contexte politique et l'organisation administrative jouent un rôle majeur dans la nature des mesures adoptées, de même que les structures sociale et économique.

Bâle-Campagne décrète ainsi le 22 juillet 1918 l'interdiction de rassemblement, sauf autorisation du Département de police; plus encore, le Canton délègue aux communes la compétence de fermer les écoles et les lieux de restauration ainsi que de suspendre le service religieux (p. 63). Le Conseil d'État mise donc sur une politique interventionniste appliquée par les communes (p. 80), avec comme objectif prioritaire de contenir la maladie (p. 185). Plus concrètement, le canton opte pour une stratégie visant à éviter les rassemblements ainsi qu'à isoler les malades et leurs proches (p. 184) en construisant des hôpitaux de secours (pp. 133–135). La répartition des compétences sanitaires entre le canton et les communes apparaît progressivement comme un problème, et le Conseil d'État procède à une centralisation des pouvoirs entre octobre et novembre 1918 (pp. 113–115).

Bâle-Ville opte pour une approche radicalement différente, puisque les mesures les plus intrusives sont rejetées. Ainsi – et malgré des débats redoublés en octobre-novembre – le Conseil d'État ne décrète pas d'interdiction de rassemblement, à laquelle il préfère les campagnes d'information et de recommandation à la population (p. 187). En parallèle, les vacances d'été des établissements scolaires sont prolongées, et ceux-ci sont fermés plusieurs semaines en automne (p. 90–91). Par ailleurs, le Canton ouvre, au plus fort de l'épidémie, un hôpital de secours, pour lequel le personnel soignant manque cependant – une situation que même les subsides fédéraux ne parviennent à améliorer (p. 103).

Tscherrig parvient à la conclusion que les deux cantons choisissent des mesures largement similaires, la principale différence résidant dans «le degré de contrainte légale» employé (p. 190). Selon l'auteur, cette situation est due à la différence entre ville et

campagne: en ville, la capacité de l'État à contrôler les mouvements de la population est plus restreinte qu'à la campagne, et les pertes économiques trop importantes pour permettre les mesures les plus restrictives. Cette thèse mériterait d'être affinée, notamment en intégrant l'épisode épidémique dans l'histoire longue de la maladie et, surtout, en replaçant dans le contexte de la Suisse de 1918.

Ce dernier point est l'une des deux grandes faiblesses de l'ouvrage: l'épidémie est étudiée pour elle-même, pratiquement hors du contexte de 1918. Or, la coïncidence entre crise sanitaire et crise sociale soulève de nombreuses interrogations que l'auteur ne traite pas: que dire, par exemple, de l'impact financier de la grippe sur la population en période de forte inflation? Ou encore de l'interdiction de rassemblement dans le contexte des mouvements sociaux et de la Grève générale – et de son instrumentalisation? Il est à ce titre frappant que l'interdiction de rassemblement soit entièrement abordée sous l'angle de la lutte contre les épidémies – bien que l'historiographie ait insisté sur son rôle dans les journées de novembre.

La seconde grande lacune est l'absence d'une historicisation de son objet central, la grippe et la lutte contre les épidémies. Bien que Tscherrig rappelle que la pandémie grippale de 1889–1890 constitue, pour les contemporains, «un point de référence» (p. 39), il ne s'intéresse pas à la construction sociale de la maladie, à son évolution et au problème qu'elle représente dans un contexte de bactériologie triomphante. De même, l'auteur n'interroge pas la pratique de lutte contre les épidémies – et laisse au lecteur le soin de se demander pourquoi, bien que les statistiques fédérales dessinent les contours d'une maladie dangereuse depuis 1889, la maladie n'est pas couverte par la législation fédérale sur les épidémies adoptée en 1886.

Krankenbesuch verboten! constitue l'étude publiée la plus profonde de l'expérience helvétique. Ses limites et lacunes sont celles d'un travail de mémoire. La lecture n'en est pas moins recommandable pour qui s'intéresse au sujet ainsi qu'à la Suisse de la fin de la Première Guerre mondiale; elle l'est encore plus dans la période actuelle.

Séveric Yersin, Bâle

Dorothe Zimmermann, *Antikommunisten als Staatsschützer. Der Schweizerische Vaterländische Verband, 1930–1948*, Zürich: Chronos, 2019 (Veröffentlichungen des Archivs für Zeitgeschichte des Instituts für Geschichte der ETH Zürich, Bd. 11), 504 Seiten, 18 Abbildungen.

Im November 2019 hat die Aargauische Vaterländische Vereinigung (AVV) nach Jahren des Niedergangs ihre Auflösung für das Jahr 2020 angekündigt. Damit verschwindet nach einem Jahrhundert die letzte Sektion des einst einflussreichen Schweizerischen Vaterländischen Verbandes (SVV) endgültig von der Bildfläche.⁶

Mit der Geschichte des SVV in den 1930er- und 1940er-Jahren befasst sich Dorothe Zimmermann in ihrer 2017 an der Universität Zürich eingereichten Dissertation «Antikommunisten als Staatsschützer». Sie ruft darin in Erinnerung, dass sich hierzulande bereits lange vor dem Kalten Krieg und dem «Fichenskandal» eine stark ausgeprägte «antikommunistische Kultur» etabliert hatte (S. 261), die sich «in Praktiken der Überwachung, der Repression und des Fichierens» manifestierte (S. 419). So hatte der Landes-

6 Jörg Meier, Nach 101 Jahren. Vaterländischer Verein löst sich auf – das sagt Präsident Andreas Glarner, in: Aargauer Zeitung, 22.11.2019, www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/nach-101-jahren-vaterlaendischer-verein-loest-sich-auf-das-sagt-praesident-andreas-glarner-136005513 (22.11.2019).

streik von 1918 die Fronten des Klassenkampfes verhärtet und besonders in rechtsbürgerlichen Kreisen die nachhaltige Angst vor kommunistischer Subversion geweckt.

Eine direkte Auswirkung dieser Bedrohungswahrnehmung war die Gründung zahlreicher Bürgerwehren, die im Frühjahr 1919 mit dem SVV einen nationalen Dachverband schufen. Die Bundesanwaltschaft verfügte bis zur Gründung der Bundespolizei im Jahr 1935 kaum über die notwendigen Ressourcen, um potentiell subversive Kräfte zu überwachen. Die föderale Struktur des Polizeiwesens erschwerte die Informationsbeschaffung und den Informationsaustausch zusätzlich. Dieses Vakuum im Bereich des Staatsschutzes machte sich der SVV als zivilgesellschaftliche Organisation rasch zunutze. Besonders in den 1930er-Jahren masste sich der SVV, der bis 1948 existierte, die staatsergänzende Rolle eines landesweiten antikommunistischen Nachrichtendienstes an. Ein Bewusstsein dafür, dass der Staatsschutz alleinige Sache des Staates ist, setzte sich in der Schweiz bis zur Aufdeckung des privaten Spitzeldienstes von Ernst Cincera (1976) nicht flächendeckend durch. So sah vor allem die Bundesanwaltschaft im SVV nicht etwa eine Gefahr für Demokratie oder Persönlichkeitsschutz, sondern vielmehr eine willkommene Unterstützung durch aufmerksame Bürger.

Zimmermann geht in ihrer Arbeit der übergeordneten Frage nach, wie der Staatsschutz in der Schweiz funktionierte, als er sich in einer Auf- und Ausbauphase befand. Dabei untersucht sie die Bedingungen, die es dem SVV ermöglichten, innerhalb des politischen und gesellschaftlichen Systems in eine Machtposition zu gelangen, von der aus er massgebliche Prozesse – wie etwa den Aus- und Aufbau des schweizerischen Staatsschutzes beeinflussen konnte. Nicht zuletzt fragt die Autorin auch nach der Rolle und Funktion antikommunistischer Praktiken und Ideologien für den SVV. Die zeitliche Eingrenzung der Untersuchung ergibt sich vor allem aus dem Forschungsstand. So wurde die Geschichte des SVV von 1919 bis 1930/31 bereits in einer Dissertation von Andreas Thürer ausführlich dargestellt.⁷

Zimmermann bedient sich in ihrer kulturhistorisch angelegten Untersuchung einer breiten Palette an methodisch-theoretischen Ansätzen – so etwa der Foucault'schen Diskurstheorie – und positioniert ihre Studie in den vier Forschungsfeldern Verbandsgeschichte, Antikommunismusforschung, Staatsschutzforschung sowie historische Denunziationsforschung. Dass die Studie weit über eine rein deskriptive Verbandsgeschichte hinausgeht, zeigt sich etwa daran, dass auch die Rhetorik der SVV-Repräsentanten untersucht oder deren Motive zur Denunziation unter Einbezug eines emotionshistorischen Ansatzes analysiert werden.

Kein streng chronologischer Aufbau, sondern die verschiedenen Tätigkeitsbereiche des SVV verleihen dem Buch seine Struktur. Dieses Vorgehen ermöglicht es der Autorin, die Aktivitäten des Verbandes auf unterschiedlichen Ebenen parallel zu thematisieren, was ihr – von kaum zu vermeidenden Wiederholungen und Redundanzen abgesehen – sehr gut gelingt. Zunächst arbeitet Zimmermann die Organisationsstruktur und das Mitgliederprofil des SVV auf. Sie zeigt dabei, wie sich der SVV von einer breit getragenen «Volksbewegung» bis zu Beginn der 1930er-Jahre immer mehr zu einer «Kaderorganisation» entwickelte (S. 82), die ihre Aktivitäten zunehmend von der Strasse in die staatlichen Institutionen verlagerte. So wurde der Nachrichtendienst des SVV in den 1930er-Jahren zunehmend in den Überwachungs- und Kontrollapparat des schweizerischen Staatsschutzes eingebunden. Im Einvernehmen mit den Behörden konnte der SVV daher die politi-

7 Andreas Thürer, *Der Schweizerische Vaterländische Verband 1919–1930/31*, unveröffentlichte Dissertation, Universität Basel, Basel 2010.

sche Linke bespitzeln und mit seinen Denunziationen zahlreiche polizeiliche Ermittlungen in Gang setzen. Daneben traten SVV-Repräsentanten als Experten und Lobbyisten etwa für ein Verbot der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) oder einer restriktiven Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg auf.

Ein weiteres Betätigungsfeld war die Erinnerungspolitik: So wurde besonders der Landesstreik, aus dem die politische Unzuverlässigkeit der politischen Linken noch in der Zeit der Geistigen Landesverteidigung abgeleitet wurde, zum Gegenstand von Denkmals-einweihungen, Publikationen und Vorträgen. Im abschliessenden Kapitel «Illegitime Überwacher» fasst Zimmermann schliesslich die wichtigsten Entwicklungen der Verbandsgeschichte zusammen, bevor sie die Auflösung des SVV und dessen Hinterlassenschaften thematisiert. Lesende mit knappem Zeitbudget erhalten dadurch in komprimierter Form einen sehr gelungenen Überblick.

Als Kritikpunkt kann angeführt werden, dass die methodisch-theoretischen Passagen gesamthaft gesehen zu viel Raum einnehmen und etwas mehr Mut zur Kürze der Lesefreundlichkeit generell zugute gekommen wäre. Die sehr gut strukturierten und eingeführten Kapitel, die stets mit einem prägnanten Zwischenfazit schliessen, machen das Buch dennoch äusserst lesenswert. Positiv anzumerken ist an dieser Stelle zudem, dass die Autorin ihre Erläuterungen häufig mit ausländischen Beispielen kontrastiert und damit die Geschichte des SVV in einem internationalen Rahmen verortet.

Insgesamt präsentiert Zimmermann ein sorgfältig erarbeitetes Panorama des umtriebigen und gut vernetzten SVV sowie dessen in rechtstaatlicher Hinsicht fragwürdigen Praktiken. Damit schliesst sie eine wichtige Lücke im Bereich der historischen Denunziationsforschung der Schweiz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Buch wird für die weitere Forschung zum Thema Antikommunismus und Staatsschutz in der Schweiz eine unverzichtbare Referenz darstellen.

Daniel Artho, Bern

Miriam K. Sarnecki, **Doppelte Ungleichzeitigkeit. Die C.V.-Zeitung von 1925 bis 1933 – Zeitzeugnis eines Pionierprojekts postkolonialer Akkulturation**, Giessen: Psychosozial-Verlag, 2018, 298 Seiten.

Miriam K. Sarnecki untersucht in ihrer Dissertation, die sie im kulturwissenschaftlich angelegten Fach *Jüdische Studien* an der Universität Basel verteidigt hat, das Vereinsorgan des 1893 gegründeten *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (C. V.), das als politische Wochenzeitung mit der höchsten Auflage innerhalb der deutsch-jüdischen Presse eine breite Leserschaft erreichte. Die *Blätter für Deutschtum und Judentum*, wie sich die C.V.-Zeitung selbst bezeichnet, erschienen von 1922 bis zum Verbot aller jüdischen Zeitungen in Deutschland nach dem Novemberpogrom 1938. Sarnecki konzentriert sich auf die Jahre 1925 bis 1933, also eine Phase der zunehmenden politischen Destabilisierung (S. 35).

Doppelte Ungleichzeitigkeit – was meint die Autorin mit diesem Haupttitel? Der Centralverein hatte sich Ende des 19. Jahrhundert als Verein zur Abwehr des immer aggressiver auftretenden Antisemitismus gegründet und zog vor allem Angehörige der Mittelschicht und des Bildungsbürgertums an. In der Folgezeit versuchte er die Gradwanderung zwischen einer Rückbesinnung auf die eigene jüdische Identität und der Integration in die deutsch-christliche Mehrheitsgesellschaft. Er habe, so Sarnecki, «ein an der Aufklärung orientiertes Konzept deutsch-jüdischer Subkultur» entwickelt (S. 229). Damit habe er sich auf der einen Seite an der Aufklärung orientiert, also dem philosophischen

Gedankengut, das die vorangegangenen zwei Jahrhunderte dominiert hatte und das die Emanzipation der deutschen Juden überhaupt erst möglich gemacht hatte, das aber nun mit der aufkommenden völkischen Bewegung in immer breiter werdenden Kreisen als nicht mehr zeitgemäss betrachtet wurde. Auf der anderen Seite habe er ein Konzept entworfen, das seiner Zeit weit voraus gewesen sei und «in der heutigen internationalen Akkulturationsdebatte als zukunftsweisend erkannt» werde (S. 243). Denn der Centralverein habe ein Akkulturationsprojekt entwickelt, das zwar eine Integration in die Mehrheitsgesellschaft vorsah, aber «bei gleichzeitiger Bewahrung authentisch eigener subkultureller Merkmale» (S. 11). Dieser doppelte zeitliche Anachronismus prägte also das von der Autorin so genannte *Pionierprojekt* des Centralvereins, das von ihr überzeugend dargestellt wird.

In ihrem programmatischen Untertitel bringt Sarnecki zusätzlich den Begriff *postkolonial* ins Spiel. Sie erläutert im Vorwort, warum sie den Begriff und das dahinterstehende Konzept für passend halte, obwohl die Situation der Juden in Deutschland nicht im eigentlichen Sinne als die einer kolonialisierten Ethnie verstanden werden könne. Die Autorin meint, dass der Centralverein akkultorative Visionen vertreten habe, die die Überlegenheitsansprüche und das chauvinistische Denken der deutschen Mehrheitsgesellschaft hätten überwinden wollen (S. 7). Hierarchie- und Herrschaftsvorstellungen aus dem Kaiserreich seien vom Centralverein grundsätzlich infrage gestellt worden (S. 8). Diese Behauptung erscheint mir als nicht haltbar und wird auch von der Autorin durchaus selbst problematisiert. Im Kapitel *Gesellschafts- und indirekte Kolonialismuskritik* thematisiert sie nämlich die Abgrenzung vieler bürgerlich-liberaler deutscher Juden von der eingewanderten ostjüdischen Bevölkerung in Deutschland, auch wenn sie relativierend ihre ablehnende und vorurteilsbeladene Haltung als hilflosen Versuch einer Minderheit betrachtet, «unter Preisgabe ethischer Grundsätze den eigenen gesellschaftlichen Status und die fragile eigene Identität zu schützen» (S. 104). In einem späteren Kapitel *Fremd und vertraut zugleich: das Ostjudentum* sieht Sarnecki die Ambivalenz des C.V. gegenüber der ostjüdischen Bevölkerung: Auf der einen Seite Faszination, Verklärung, Idealisierung und eine diffuse Sehnsucht, auf der anderen Seite aber eine deutliche Abgrenzung gegenüber den eher den unteren Schichten angehörenden Ostjuden, die äusserlich auffielen und weder sozial noch sprachlich und kulturell integriert waren (S. 139 f.). *Ambivalenz* bezeichnet das Verhältnis des C.V. zum Ostjudentum in Deutschland meines Erachtens treffend; eben darum hätte die Autorin auf den Begriff *postkolonial* an so exponierter Stelle wie dem Untertitel verzichten sollen.

Miriam K. Sarnecki, die Theologie, Judaistik und psychotherapeutische Psychologie studiert hat und seit 2015 in Zürich als Psychotherapeutin arbeitet, versteht ihre Arbeit nicht als eine im engeren Sinne historische, sondern als eine interdisziplinäre. Besonderen Wert legt sie auf eine hohe Dichte an Zitaten, um den Zeitgeist wiederzugeben (S. 35). Dies gelingt ihr zweifelsohne vor allem dadurch, dass sie häufig länger (bis zu zwei Druckseiten) und ungekürzt zitiert, so dass wir als Leser*innen einen lebendigen Eindruck von der Sprech- und Denkweise der einzelnen Autoren und Autorinnen bekommen. So ist es interessant zu lesen, in welchem Spannungsfeld sich der C.V. zwischen einer klaren Ablehnung des politischen Zionismus und der Verklärung Palästinas als Ort religiöser Sehnsucht bewegt (S. 165 f.). Gerade Zitate spiegeln auch anschaulich die von der Autorin so bezeichneten «Anpassungstendenzen an den neuromantischen Zeitgeist» (S. 241 sowie das Kapitel *Umgang mit Rassentheorien*, S. 91–98).

Sarnecki lässt in den Zitaten nicht nur männliche Autoren der C.V.-Zeitung zu Wort kommen, sondern auch Protagonistinnen der jüdischen Frauenbewegung, wie Eva Gabriele Reichmann-Jungmann und Paula Ollendorff. Leider zeichnet die Autorin aber in ihrem Kapitel *Verhältnis zu anderen jüdischen Gemeinschaften in Deutschland* die vielfältigen Beziehungen des C.V. zum Jüdischen Frauenbund, der zweitgrössten jüdischen Institution in Deutschland, nicht nach. Dies hätte die Frage nach der Überwindung von Machtverhältnissen und Chauvinismus nochmals neu und anders gestellt.

Yvonne Weissberg, Uster ZH / Berlin

Felix Frey, **Arktischer Heizraum. Das Energiesystem Kola zwischen regionaler Autarkie und gesamtstaatlicher Verflechtung 1928–1974**, Köln: Böhlau, 2019 (Osteuropa in Geschichte und Gegenwart, Bd. 4), 338 Seiten.

Die Energiegeschichte Russlands ist bisher vor allem durch historische Forschungen zur Erdöl- und Erdgasförderung bekannt und durch Arbeiten über Russlands Aufstieg zur globalen Energiemacht. Dabei galten nach der Oktoberrevolution zahlreiche andere Energieträger als attraktiver, um die sowjetische Industrialisierung insbesondere in den entlegenen Regionen voranzutreiben. In seinem Buch versucht Felix Frey zu verstehen, was die Bolschewiki in den 1930er Jahren dazu veranlasste, Städte, verarbeitende Industrie und Menschen in unwirtlichen Regionen, am Rande des Imperiums anzusiedeln. Während diese Erschliessungskampagnen von Wirtschaftshistorikern oftmals als fehlerkalkuliert beurteilt wurden, weil die so entstandenen verstreuten «Monostädte» unökonomisch seien, geht Felix Frey in seiner aufschlussreichen Studie eben jenen Aushandlungsprozessen nach, die zu diesen Allokationsentscheidungen geführt haben, um der bisherigen ahistorischen Argumentationslinie entgegenzuwirken.

Hierfür konzentriert er sich auf die Geschichte der Energieversorgung Kolas, einer arktischen Halbinsel, die sich innerhalb kürzester Zeit von einer fast unbewohnten, bewaldeten Landschaft zu einer hochindustrialisierten und stark verschmutzten Region wandelte. Ausgehend von der Prämisse, dass der Aufbau energetischer Infrastrukturen keine unabwendbare Folge wirtschaftlicher Nachfrage ist, sondern ein Produkt komplexer Aushandlungsprozesse, untersucht Frey, warum sich im Zeitraum von 1928 bis 1974 verschiedene Energieträger auf der arktischen Halbinsel durchsetzen konnten und wieder an Bedeutung verloren. Den Grund für die spezifisch sowjetische Energie- und Allokationspolitik sieht er im Prinzip der regionalen Autarkie, ein analytisches Konzept, das sich wie ein gut nachvollziehbarer, manchmal jedoch auch wie ein zu deterministischer Faden durch die Untersuchung zieht.

Das Buch teilt sich in zwei Kapitelblöcke, die jeweils auf den Rohstoffen Apatit und Nickel aufbauen. Im ersten Block untersucht Frey, wie während der 1930er Jahre durch Agrarprodukte, Holz, Torf, Steinkohle und Wasserkraft die wachsenden Städte und Industriekomplexe auf Kola mit Energie versorgt wurden. Überzeugend legt die Studie dar, wie Planer und Politiker das Ziel verfolgten, ihren Bedarf an Bodenschätzen, in diesem Fall das Apatiterz, zu befriedigen und gleichzeitig mit der energetischen Abhängigkeit vom Donezker Kohlebecken zu brechen, um die regionale Autarkie zu stärken. So zeigt Kapitel 2, dass die Bemühungen um eine autarke Landwirtschaft zur Versorgung der arbeitenden Bevölkerung zwar enormes propagandistisches Potential entfalteten, weil Wissenschaftler Kola zum Forschungslabor für Nutzpflanzenzüchtung im arktischen Klima umwandelten. Aufgrund aber derselben klimatischen Bedingungen scheiterte das Vorhaben, so dass weiterhin 90 % aller Agrarprodukte auf die Halbinsel geschafft werden muss-

ten. Aller widrigen Umstände zum Trotz setzten Planer zur Energieversorgung anstatt auf Erdöl, auf die Festbrennstoffe Torf, Holz und schliesslich auf den Kohleabbau auf Spitzbergen, um Pfadabhängigkeiten einerseits und regionale Autarkie andererseits zu schaffen. Keiner der drei Brennstoffe setzte sich jedoch durch. Frey sieht die Hauptschuld für das Scheitern der Energieträger Torf und Holz im arktischen Klima, wie es vermutlich auch Zeitgenossen getan haben – ein Argument, das sich durch die gesamte sowjetische Geschichte zieht. Interessant wäre hier zu erfahren, wie genau der wissenschaftliche Diskurs aussah. Gab es auch Gegenstimmen von Experten der Region, die das Klima bereits berücksichtigten? Gewinnerin im Rennen als bestgeeigneter Energierohstoff auf Kola war schliesslich die Wasserkraft, nicht nur wegen ihrer utopischen Zugkraft als neue Technik der Sowjetmoderne, sondern auch, weil sie, wie Frey argumentiert, die regionale Autarkie stärkte.

Im zweiten Kapitelblock erzählt Frey anhand der Förderung von Nickel die Energiegeschichte der Halbinsel Kola für den Zeitraum 1944–1974. In dieser Zeit, so das Kernargument des Buches, gewannen das Streben nach geostrategischem Einfluss sowie internationale und nationale Verflechtungen an Bedeutung, während regionale Autarkie als Motiv an Wert einbüsste. So bauten zum einen finnische und norwegische Bautrupps Wasserkraftwerke auf Kola, damit die sowjetische Regierung Gelegenheit bekam, sich propagandawirksam als Nachbar zu zeigen und pro-sowjetische Haltungen im Ausland zu erzeugen. Ein anderes Kapitel wendet sich der Verwaltungsreform Chruschtschovs von 1957 zu, die einen Transfer der Verwaltung von Moskau in die Regionen vorsah, die so untereinander energetisch vernetzt wurden. Die Reformen sieht Frey dabei als Reaktion auf die zuvor politisch angestrebte regionale Autarkie, die zwar neue industrielle Knotenpunkte geschaffen hatte, bei der die politische Macht aber weiterhin in Moskau akkumulierte (S. 227). Verständlicherweise passten sich auch Wissenschaftler an die neue Ausrichtung hin zur «energetischen Verflechtung» an. Anhand des wissenschaftlichen Diskurses zur Gezeitenforschung zeigt das neunte Kapitel auf, wie Forscher in dem Energieträger nicht mehr den Garant der regionalen Autarkie sahen, wie dies noch in den 1930ern der Fall gewesen ist, sondern ihn als Gelegenheit für mehr internationale Zusammenarbeit darzustellen wussten. Als letzten Beweis für eine stärkere gesamtstaatliche Verflechtung während des Kalten Krieges führt Frey Kolas 1964 erbautes Atomkraftwerk an, nicht nur weil es in der Uranversorgung auf mehr Infrastrukturen und Wissen fern der Halbinsel angewiesen war als die vorherigen Energieträger, sondern weil durch die Überkapazitäten erstmals Strom von Kola in andere Regionen und Länder floss.

Die Studie schneidet viele Themen über einen grossen Zeitraum an und greift dabei auf einen grossen Quellenkorpus zurück, so dass manche Fragen unausweichlich zu kurz kommen. So kommt den Wissenschaftlern beispielsweise vor allem die Rolle der Propagandisten zu, aber auch sie unterlagen Zwängen und mussten politische Erwartungen erfüllen, die wiederum ihre Forschung beeinflusst haben. Frey ist eine bedeutende Untersuchung gelungen, die die komplexe sowjetische Energie- und Wirtschaftsgeschichte anhand der Halbinsel Kola mit einem spannenden und schlüssigen Narrativ untersucht.

Katja Doose, Paris

Groupe d'étude de didactique de l'histoire de la Suisse romande, *Enseigner la Shoah. Umgang mit der Shoah in der Schule. Insegnare la Shoah*, Neuchâtel: Alphil, 2019 (Didactica Historica 5/2019), 216 pages.

Publié conjointement par les groupes d'étude de didactique de l'histoire de Suisse romande, italienne et allemande, le volume rassemble des contributions théoriques et pratiques en provenance de Suisse, d'Autriche, d'Israël, d'Allemagne, des Pays-Bas, du Canada, de Grande-Bretagne, de France et d'Italie. Fourmillant d'analyses et d'initiatives intéressantes sur les moyens d'enseigner l'histoire très particulière de l'extermination des Juifs d'Europe et d'en transmettre l'importance tout en l'intégrant dans l'initiation aux Droits humains, il est à recommander à tous les enseignants et enseignantes d'histoire.

Nadine Fink et Nathalie Masungi, de la Haute école pédagogique du canton de Vaud, introduisent le débat. Il s'agit de favoriser les dispositifs éducatifs permettant de sensibiliser les élèves de divers niveaux aux problématiques de l'Holocauste et des crimes contre l'humanité; de réfléchir aux idéologies qui ont pu conduire à exclure puis à assassiner des êtres humains totalement intégrés dans leur société respective; et de prendre connaissance du développement de la justice internationale et des droits humains à l'issue de la Seconde Guerre mondiale.

L'enseignement de la Shoah – à la fois génocide et crime contre l'humanité – est lié non seulement au temps des événements, mais aussi au temps de leur reconstitution et au temps de leur transmission: aujourd'hui. Pourquoi donc (encore) enseigner la Shoah, et non un autre des événements génocidaires de l'histoire? On constate pourtant qu'enseignants et élèves sont très engagés pour étudier ce sujet «à part»: la question glisse donc du «pourquoi?» au «comment?». La littérature scientifique et didactique recommande aujourd'hui de prendre en compte les perspectives des différents acteurs impliqués: les victimes, dans leur totalité humaine, et non seulement au dernier stade de leur déshumanisation; les témoins («*bystanders*»), du plus passif au plus engagé (les «Justes»); les perpétrateurs, à tous les degrés d'implication. Les auteures passent en revue les dispositifs possibles après l'ère des derniers témoins vivants: témoignages audiovisuels permettant une «rencontre virtuelle» avec l'élève (des applications numériques pour les écoles germanophones comme francophones de Suisse existent ou sont en voie de réalisation); écrits autobiographiques et documents d'archives à utiliser sous forme d'atelier; littérature de fiction, notamment en bande dessinée; enfin, visite de lieux de mémoire, souvent dans le voisinage immédiat des écoles, comme, en Suisse, des camps de réfugiés durant la guerre.

Monique Eckmann, de la Haute école de travail social HES-SO de Genève, présente une réflexion sur l'enseignement de la Shoah en pays neutre et «*bystander*», la Suisse, un sujet particulier, soumis à des dilemmes et à des ambivalences. Quel lexique faut-il utiliser? «Holocauste», qui entraîne une sorte de sacralisation et un concept de finalité du crime? «Shoah»? «Crimes nazis»? «Destruction des Juifs d'Europe», terme ni normatif ni mystificateur, mais qui ne s'est pas imposé? À défaut de bonne solution, il faut soulever le problème. Quant à la perception publique, elle est ambivalente en Suisse: pays courageux, entouré par l'Axe et néanmoins humanitaire? Pays non concerné par des événements qui se passaient «ailleurs»? Ou pays coupable au vu de sa politique des réfugiés et de sa complicité économique? Et peut-on comparer l'Holocauste à d'autres génocides? Oui, s'il s'agit d'étudier historiquement (*compare*) les uns et les autres; non, s'il s'agit de banaliser (*equate*) l'Holocauste, ce qui équivaut à le minimiser. Enfin, peut-on, comme le réclament les gouvernements et les programmes, lier enseignement de la Shoah et enseignement des

Droits humains? L'auteure conclut, longue expérience à l'appui, qu'il est difficile d'enseigner la motivation nécessaire pour reconnaître les violations et aider activement les victimes, mais qu'il est possible et souhaitable d'enseigner et donc d'éduquer *dans et par* les Droits humains, en garantissant l'égalité de traitement, le débat démocratique et le respect des droits de chaque élève. Enfin, l'enseignement doit être attentif aux émotions et aux attentes des élèves, car le sujet hautement émotif de la Shoah fait surgir identifications et ressentiments chez les élèves comme chez les enseignants. L'analyse, plus que sur les seules victimes, doit porter sur les mécanismes qui ont permis au régime génocidaire de perpétrer ses crimes: la radicalisation politique et l'instauration de la terreur.

En Autriche, comme le rappelle Werner Dreier, directeur du *Holocaust Education Institut* au sein du Ministère de l'éducation, le débat a longtemps été déterminé par les deux interprétations mémorielles conflictuelles du passé: le pays a-t-il été lui-même victime de l'agresseur nazi ou lui-même perpéteur? Cela s'est longtemps reflété dans les manuels scolaires. Tardivement, après une longue confiscation politique du débat, la problématique de la violence de masse et d'État (65'000 Juifs et 9'000 à 10'000 Roms et Sinti assassinés) a cependant émergé au premier plan, avec des matériaux pédagogiques tels que *Wer ist schuld am Tod von Edith Winkler?* qui pose la question de la responsabilité de la mort d'Edith Winkler, une enfant juive de douze ans assassinée à Chelmno en mai 1942.

En Allemagne, Eva Lettermann, enseignante en didactique de l'histoire à l'Université de Paderborn, préconise de faire travailler les élèves sur le cursus détaillé – la radicalisation – de criminels nazis individuels, comme son propre grand-oncle Franz Fischer, membre de l'office (*Judenreferat*) IV B 4 à Amsterdam, responsable de la déportation et de la mort de dizaines de milliers de Juifs des Pays-Bas. L'étude de l'implication d'un individu particulier (le matériel pédagogique permet de reconstruire six «carrières» de nazis, dont un a désobéi et sauvé des Juifs) doit permettre de soulever les questions primordiales de l'impact de l'idéologie sur l'individu et de l'espace laissé à la responsabilité individuelle.

Pour Noa McKayton, directrice adjointe du département européen de l'*International School for Holocaust Studies* de Yad Vashem, à Jérusalem, le problème actuel réside dans la décontextualisation de l'Holocauste, essentiellement de son imagerie, comme lorsqu'un graffiti représente une Anne Frank clairement reconnaissable, mais le cou entouré d'une *keffiah* d'enfant palestinien. Cette désappropriation de la spécificité de la Shoah ouvre la voie à une double banalisation, tant des victimes juives que des autres victimes. La bonne voie consiste à enseigner l'utilisation des sources historiques, de manière à briser généralisations et déterminismes et à mettre en lumière les processus de décision de tous les acteurs impliqués, les *bystanders* étant considérés comme acteurs à part entière.

D'autres contributions intéressantes abordent, pour la France, l'utilisation de l'image: l'*Album d'Auschwitz*, analysé par Alexandre Bande, peut être un très bon support au lycée, à condition de connaître parfaitement les lieux et l'histoire. Un film également, comme *La petite prairie aux bouleaux*, analysé par Christine Guimonnet, qui retrace avec rigueur le parcours de Marceline Loredan-Ivens.

Le voyage d'études fait l'objet de plusieurs contributions critiques. Isaac Toutou, professeur dans un lycée juif, et Pierre-Jérôme Biscarat, responsable pédagogique de l'association *Yahad-In Unum*, dédiée à la «Shoah par balles», insistent sur la préparation minutieuse nécessaire pour qu'enseignants et élèves puissent voir les lieux comme des lieux d'histoire où ont eu lieu des faits précis, et les resituer dans le passé juif d'avant-

guerre. Davide Adacher, de L'Aquila (Abruzzes), anime un projet réservé à de très petits groupes préparés et motivés, qui commence en Italie même pour aboutir à Mauthausen ou Auschwitz, l'accent étant mis sur la négation des droits, prélude à la totalitarisation de la société et au crime de masse. Un exemple à suivre en Suisse, où, selon la réflexion d'Alice Morandi et Sandrine Ducaté, enseignantes au Cycle d'orientation, l'âge des élèves, leur impréparation et l'aspect «course d'école» diminuent, voire annulent le profit pédagogique de ces voyages.

L'ouvrage a une double vocation: réflexion théorique et surtout table ronde des approches pragmatiques qui ont été testées à ce jour dans différents pays, chacun abordant le problème dans sa perspective historique propre. Il s'adresse en premier lieu aux enseignants, éducateurs et acteurs culturels (écrivains, cinéastes) qui abordent ce sujet, par métier ou par choix, et sont à la recherche d'une méthode et d'un vocabulaire. Il peut aussi éclairer tous les parents soucieux d'expliquer à leurs enfants le pourquoi et le comment du crime contre l'humanité commis il y a moins d'un siècle.

Ruth Fivaz-Silbermann, Croix-de-Rozon

Felix Rauh, *Bewegte Bilder für eine entwickelte Welt. Die Dokumentarfilme von René Gardi, Ulrich Schweizer und Peter von Gunten in der Schweizer Entwicklungsdebatte, 1959–1986*, Zürich: Chronos, 2018, 270 Seiten, 50 Abbildungen.

Die Monografie von Felix Rauh geht aus seiner 2017 an der Universität Luzern abgeschlossenen Dissertation hervor, in welcher er den Einfluss von Dokumentarfilmen auf die Entwicklungsdebatte in der Schweiz 1959–1986 untersucht. Der bedeutende Einfluss von Dokumentarfilmen auf die Entwicklungsdebatte der 1960er–1980er Jahre, so seine These, sei auf drei Hauptgründe zurückzuführen: Die fruchtbare Zusammenarbeit von Entwicklungsakteuren mit Filmschaffenden und Vertrieb, die Breitenwirkung der Filme dank geschickt gesteuertem Gebrauch sowie die in den Filmen verwendeten erzählerischen Motive.

Dieser These nähert sich Rauh in einer «Zoombewegung» (S. 23) an, welche durch die Gliederung des Werkes in drei Teile abgebildet wird. Im ersten Teil, welcher den äussersten Rahmen bildet, zeigt er den Wandel der Entwicklungsdebatte, Produktionsbedingungen und Verbreitungskanäle auf. Parallel zum Wandel in der Entwicklungsdebatte von der Modernisierungstheorie hin zur Dependenztheorie veränderten sich auch die Filme. Dienten diese in den 1960er Jahren noch primär der Legitimierung von Entwicklungshilfe, zielten sie ab Anfang den 1970er Jahren vermehrt auf die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung ab. Das Schweizer Publikum sollte nicht mehr einfach vom Sinn der Entwicklungshilfe überzeugt werden, sondern angeregt werden, die globalen Machtstrukturen und die Abhängigkeit des Südens vom Norden zu hinterfragen. In den 1980er Jahren wandten sich die Filmschaffenden zunehmend vom anwaltschaftlichen Film ab, gleichzeitig wurden vermehrt Eigenproduktionen aus dem Süden gefördert. Daher erklärt sich auch die Wahl des Untersuchungszeitraumes von den Anfängen der Entwicklungshilfe bis hin zum erwähnten Bruch zwischen Filmern und Entwicklungsakteuren.

Im umfangreichen und inhaltlich zentralen zweiten Teil liefert Rauh drei detaillierte Fallstudien über den Entstehungskontext, Inhalt und die Wirkung auf die Entwicklungsdebatte der Filme von René Gardi, Ulrich Schweizer und Peter von Gunten. Im Vergleich zur nüchternen Sprache des ersten Teils argumentiert Rauh hier pointierter, stellenweise gar sehr zugespitzt. Die Fallbeispiele stehen exemplarisch für drei unterschiedliche Typen von Filmschaffenden und für das sich wandelnde Entwicklungshilfenarrativ. René Gardi

steht für die frühen Entwicklungshilfefilme der 1960er Jahre, welche geprägt sind von populärethnografischen Darstellungen und einer paternalistischen Sichtweise auf den Süden. Er war der Modernisierung gegenüber sehr kritisch eingestellt und seine Arbeiten wiesen kolonialnostalgische Züge auf. Während René Gardi sich als Unternehmer verstand, der Aufträge von Entwicklungsorganisationen ausführte, arbeitete Ulrich Schweizer sehr eng mit der *Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen in der deutschsprachigen Schweiz (KEM)* zusammen. Anders als Gardi hinterfragte Schweizer den Sinn der Entwicklungszusammenarbeit und bereitete durch seine kritischen Filme den Weg für den neuen Missionsfilm: Nicht mehr die Bekehrung stand im Zentrum, sondern das Aufzeigen von Missständen in den Ländern des Südens, wie zum Beispiel in seinem erfolgreichsten Film *Katutura* (1971/72) über das südafrikanische Apartheidregime. Der Autorenfilmer Peter von Gunten wird von Rauh zu Recht als Erfinder des engagierten entwicklungspolitischen Films bezeichnet, denn er prangerte im Sinne der Dependenztheorie die ungleichen globalen Machtverhältnisse und die Mitverantwortung multinationaler Unternehmen an der Armut des Südens an. Sein Film *Bananera Libertad* (1971) gilt als entwicklungspolitischer Pionierfilm, da er darin das Elend von Bananen-Bauern dem Profit der United Fruit Company (UFC) in anwaltschaftlicher Perspektive gegenüberstellt. Anstatt wie in den frühen Entwicklungshilfefilmen nur Bilder mit einem erklärenden, oft paternalistischen Kommentar zu zeigen, kommt in von Guntens Filmen die lokale Bevölkerung selbst zu Wort. Gemeinsam ist allen drei Filmen, dass sie den Gebrauch ihrer Filme mitgestalteten durch die Organisation von Diskussionsveranstaltungen, die Bereitstellung von Begleitmaterial oder eigene Medienauftritte. Dadurch beeinflussten ihre Filme die Entwicklungsdebatte in der Schweiz massgeblich, was im Fall von *Bananera Libertad* sogar zur Gründung einer Fair-Trade-Frauengruppe in Frauenfeld führte.

Im abschliessenden dritten Teil analysiert Rauh die erzählerischen Motive, die sich durch alle Filme ziehen und über den Untersuchungszeitraum hinweg teils konstant bleiben, sich aber teils auch verändern. Die Motive entsprechen stereotypischen Perspektiven des Nordens auf den Süden: Einerseits kulturell bedingte Entwicklungshemmnisse wie die gemächliche Arbeitsweise, andererseits externe Entwicklungshemmnisse wie skrupellose Ausbeuter oder zerstörerische Technik. Interessant ist Rauhs Hinweis im Schlusswort, dass dieselben Erzählmotive teilweise noch heute in der multimedialen Berichterstattung von Entwicklungsakteuren präsent seien. Sein Plädoyer dafür, auch in den Filmen über Entwicklungszusammenarbeit anstelle von paternalistischen oder anwaltschaftlichen Perspektiven eine gleichberechtigte Partnerschaft auf Augenhöhe umzusetzen, ist wichtig und richtig.

Für seine Untersuchung hat Rauh umfangreiches Quellenmaterial privater wie öffentlicher Archive ausgewertet, insbesondere natürlich Filme, die bisher kaum erforscht wurden. Auch wenn Rauh die Bild- und Tonspur anschaulich in Worten beschreibt und die Filme mit fünfzig Abbildungen (welche leider oft zu dunkel sind) illustriert, werden die bewegten Bilder nicht immer fassbar. Da lohnt sich ein Blick in die Filmausschnitte, welche grösstenteils online zugänglich sind. Insgesamt ist Rauh eine sehr anregende Studie gelungen, die einen wertvollen Beitrag zur Forschung über die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz liefert.

Franziska Loretan-Diener, Dübendorf

Blaise Fontanellaz, *Entre Sonderfall et intégration: les partis politiques suisses à l'épreuve de l'Europe (1989–2014)*, Genève: L'Harmattan, 2019 (Publications du Global Studies Institute de l'Université de Genève, vol. 17), 208 pages.

La recherche sur l'histoire des partis politiques dans notre pays avance au ralenti depuis de nombreuses années. Depuis les travaux fondateurs d'Erich Gruner dans les années 1970 et 1980, elle n'a progressé que par à-coups. Dans la foulée du livre fondateur de Gruner sur les partis politiques, sorti en 1969 et réédité en 1977, quelques études ont paru, parfois sous la conduite du même auteur, surtout sur l'histoire du mouvement ouvrier. Quelques rares études ont également vu le jour sur le parti radical-démocratique, puis d'autres, un peu plus nombreuses, sur le parti socialiste. C'est alors qu'Urs Altermatt a inauguré un travail en profondeur sur l'histoire de la démocratie chrétienne helvétique, travail suivi de thèses et de mémoires importants. Parfois quelques biographies d'hommes politiques permettaient d'entrer par une porte perpendiculaire dans ce champ toujours en friche qu'est l'histoire des partis politiques suisses.

Thomas David et Philipp Müller ont d'ailleurs insisté sur ce constat dans la revue *Traverse* en 2007, dans l'espoir de rallumer une flamme encore vacillante. Nous-même, dans les années 2000, avons repris les travaux sur le parti radical-démocratique, peu servi jusque-là malgré son rôle central dans la construction de l'État fédéral, et tenté une synthèse sur les partis, en 2010, prolongée par un ouvrage plus comparatif, avec Oscar Mazzoleni. En même temps, certes parfois étudiée à travers l'histoire du mouvement agrarien, l'UDC, de par ses succès électoraux, fêtait un retour remarqué dans la littérature scientifique, sous la houlette notamment de Damir Skenderovic et d'Oscar Mazzoleni. L'histoire parlementaire avait été elle aussi abandonnée et c'est le mérite d'Andrea Pilotti et de ses collègues de l'avoir réactivée dans nos contrées, à nouveau dans un numéro de la revue *Traverse*, paru en 2018.

L'ouvrage que vient de publier Blaise Fontanellaz, chercheur à l'Université de Genève, est donc fondamental et comble indiscutablement une lacune, d'autant qu'il se concentre volontairement sur l'histoire des partis à travers le prisme peu arpenté de leurs idéologies, une thématique qu'il entend, comme il le proclame lui-même, réhabiliter. L'auteur a renoncé à dresser un vaste panorama des idées véhiculées par les principaux partis suisses pour se focaliser sur les rapports qu'ils entretiennent avec la question européenne, un sujet brûlant qui hante toujours la vie politique suisse. C'est ainsi à un exercice redoutable que s'expose Fontanellaz, puisqu'il ausculte les idées des partis à la fois dans leur épaisseur historique mais aussi dans une approche d'histoire immédiate, puisque les partis portent encore dans leurs discours les éléments condensés au fil de débats qui remontent à une trentaine d'années maintenant.

Disons-le d'entrée de cause, le résultat de cette investigation originale est passionnant. L'auteur cherche à comprendre de quelle manière les quatre partis politiques gouvernementaux (radicaux puis PLR, socialistes, UDC et PDC) se sont positionnés sur la question d'un rapprochement avec l'Union européenne sur la période significative allant de 1989 à 2014. Il embrasse ainsi une ère temporelle d'une quinzaine d'années où la politique suisse a appris à se structurer par rapport à ce dossier qui a fini par ouvrir la voie, à partir de 1992 et le refus de l'adhésion à l'Espace économique européen, à une reconfiguration profonde du paysage politique helvétique, avec la montée en puissance de l'UDC. Une ère décisive qui voit en parallèle l'érosion des deux grands partis centristes que sont le PRD / PLR et le PDC, face à un PS longtemps solidement implanté dans son sentiment pro-européen, avant que son enthousiasme initial ne se refroidisse à la suite des

secourses qui ont agité l'Union européenne. Un sujet que l'auteur ne traite que peu, car ces développements se manifesteront dans toute leur force ultérieurement.

Fontanellaz démonte de manière convaincante les ressorts idéologiques à l'œuvre dans les partis suisses durant ces années cruciales. Il décrit comment le PRD, pilier du «système» politique suisse, a quitté sa posture «libérale-nationale» longtemps prédominante pour adopter un lexique «utilitariste», «dénationalisé» et orienté vers une efficacité économique alimentée par un néo-libéralisme qu'il tentait de faire sien. Sans doute cet ouvrage, tiré d'une thèse de doctorat défendue en 2017, passe-t-il un peu vite sur les débats plus amples qui ont déchiré le parti, mais on ne peut guère contester que ce repositionnement encouragera maints électeurs radicaux / libéraux (le cas du parti libéral n'est pas analysé mais aurait mérité un bref commentaire) à rejoindre les rangs de l'UDC. Car, au même moment, celle-ci renoue avec ses thèmes fondateurs, mâtinés d'un libéralisme économique et d'un discours social de couleur plus «populiste», au nom de la défense des travailleurs suisses. Son succès sera foudroyant. Le PDC, de son côté, est resté fidèle à sa vocation «morale-universelle», à l'œuvre dans l'ensemble de la démocratie chrétienne européenne. Mais sur la mission dont se sentait investi ce parti s'est peu à peu greffée une ambition plus «économiste», aimantée par la prospérité du pays. Le PS, enfin, était assurément mû par son programme à la fois internationaliste et multiculturel qui collait bien à son projet européen. Bien que le PS, jusqu'en 2014, n'ait pas dévié de ses choix pro-européens, son soutien deviendra à son tour plus «utilitariste», dans le sens social du terme.

Fontanellaz ouvre de nouvelles perspectives sur l'évolution des partis suisses représentés au Conseil fédéral et sur leurs idées-forces. Il permet de repenser la construction de leurs doctrines plus en amont, la question européenne fonctionnant comme un extraordinaire catalyseur des tensions qui s'étaient accumulées depuis 1959, année qui vit la naissance de la fameuse «formule magique». L'auteur a fondé son travail sur une source principale: les articles publiés dans les services de presse des partis analysés. On peut regretter qu'il ne l'ait pas étoffée davantage, par exemple par le truchement des débats parlementaires, qui lui auraient permis d'élargir son horizon et de fouiller ainsi des nuances que ne reflètent pas forcément ses schémas marqués par la science politique, son terrain d'origine d'ailleurs. Il a procédé à de nombreux entretiens, dont les résultats percent de manière anonymisée: il est dommage qu'il n'ait pas trouvé le moyen de donner plus de consistance à ces témoignages de première main, qui l'auraient aidé à sortir d'articles de presse réduits à des statistiques. Il n'en demeure pas moins que l'enquête de Fontanellaz est précieuse et on peut émettre le souhait qu'elle donnera l'envie à d'autres chercheurs et chercheuses d'aller creuser les thèses des partis dans d'autres domaines.

Olivier Meuwly, Lausanne